

Auszug aus dem Datenreport 2008

Kapitel 4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor

4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor


4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Thomas Luh

4

Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge und Ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Volkswirtschaft insgesamt zu erfassen, aufzubereiten und die Daten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten werden für Analyse- und Prognosezwecke genutzt und sind Grundlage für wirtschaftspolitische und unternehmerische Entscheidungen.

Das wichtigste statistische Instrumentarium für die Wirtschaftsbeobachtung sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Sie haben die Aufgabe, für einen bestimmten, abgelaufenen Zeitraum – das sind typischerweise Jahre und Quartale – ein möglichst umfassendes, übersichtliches und hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirt-

schaftlichen Geschehens in einer Volkswirtschaft zu geben. 

Die deutschen VGR folgen den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Im ESVG 1995 werden Definitionen, Konzepte, Abgrenzungen, Begriffe, Klassifikationen sowie der Zeitpunkt und die Häufigkeit der Lieferung von VGR-Ergebnissen geregelt. Das ESVG 1995 hat als Verordnung der EU Gesetzescharakter und ist daher für alle Mitgliedstaaten verbindlich. Damit ist sichergestellt, dass europaweit harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Sie

dienen unter anderem als Grundlage für Gutachten, Wachstumsprognosen, Steuerschätzungen, Rentenanpassungen und Tarifverhandlungen. Nationale Nutzer sind in erster Linie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, das Bundesministerium der Finanzen, die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Wirtschaftsforschungsinstitute sowie Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften.

International werden VGR-Ergebnisse von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) genutzt. Eine besondere Bedeutung haben



Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

Die VGR erfassen die wirtschaftliche Tätigkeit aller Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz im Wirtschaftsgebiet haben. Das kann die gesamte Volkswirtschaft (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Bundesland) sein. Wirtschaftseinheiten sind alle Personen und Institutionen mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens relevanten Tätigkeiten (produzieren, verteilen, konsumieren, investieren, finanzieren). Da es nicht möglich ist, alle Wirtschaftseinheiten einzeln zu betrachten, werden diese nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens zu so genannten Sektoren zusammengefasst.

Unterschieden werden nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbzzweck und der Sektor »übrige Welt«. Darüber hinaus werden zur fachlichen Darstellung der Wirtschaftsstruktur die Wirtschaftseinheiten, die gleiche oder ähnliche Tätigkeiten ausüben, zu Wirtschafts- bzw. Produktionsbereichen zusammengefasst.

Die Ergebnisse der amtlichen VGR werden in Form eines geschlossenen Kontensystems mit doppelter Buchung aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt und in einer Vielzahl von Tabellen, die das Kontensystem ergänzen, dargestellt. In den Tabellen werden die Kontenpositionen tiefer untergliedert, teilweise nach besonderen Gesichtspunkten zusammen gefasst oder in

sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. um preisbereinigte Angaben oder um Angaben je Einwohner). Darüber hinaus werden in speziellen Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Für die Aufstellung der VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- bzw. Rechentermin vorliegen. Darüber hinaus werden die VGR administrative Daten (z. B. Finanzstatistiken, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit), Haushaltsbefragungen, Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen, sowie Informationen von Verbänden aus.

die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Europäische Kommission: Das Bruttonationaleinkommen (BNE) ist ein wichtiger Indikator für die Berechnung der EU-Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die Europäische Union. Darüber hinaus werden VGR-Daten für die Überwachung und Steuerung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik benötigt. So basieren die Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion im Wesentlichen auf Größen der VGR (öffentliches Defizit, öffentlicher Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt).

4.1.1 Das Bruttoinlandsprodukt als zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Drei Rechenwege führen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

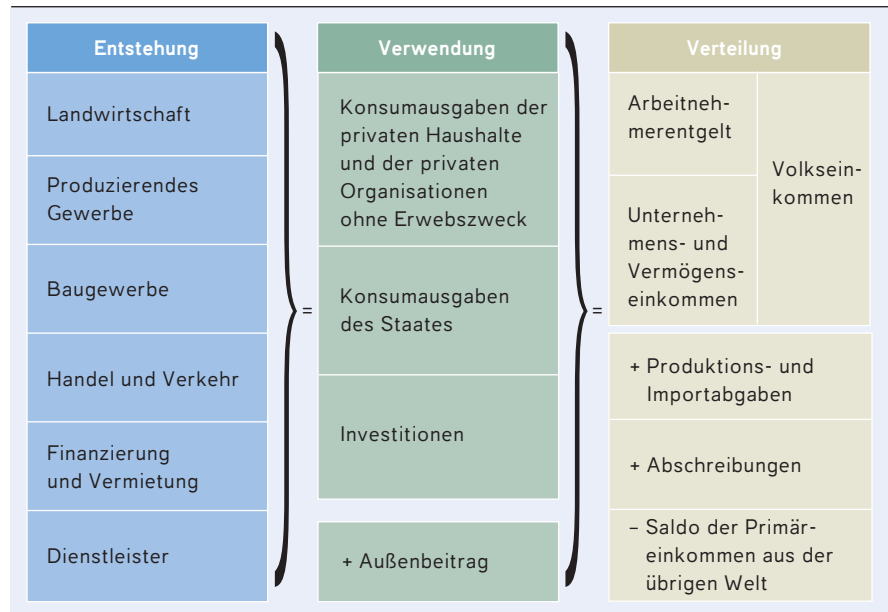
Eine zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt. Es ist ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung. Prinzipiell kann das Bruttoinlandsprodukt auf drei Wegen berechnet und dargestellt werden:

Die *Entstehungsrechnung* zeigt, wie die wirtschaftliche Leistung von der Produktionseite her entstanden ist. Sie ermittelt die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und verdeutlicht, wie diese zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen haben (siehe 4.1.2).

Die *Verwendungsrechnung* beschreibt, für was das erarbeitete gesamtwirtschaftliche Ergebnis verwendet wurde. Es kann konsumiert, investiert oder exportiert werden. Das BIP lässt sich daher auch als Summe aus Konsum, Investitionen und Exporten minus Importen errechnen (siehe 4.1.3).

Mit Hilfe der *Verteilungsrechnung* kann das BIP über die bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandenen Einkommen berechnet werden.

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt



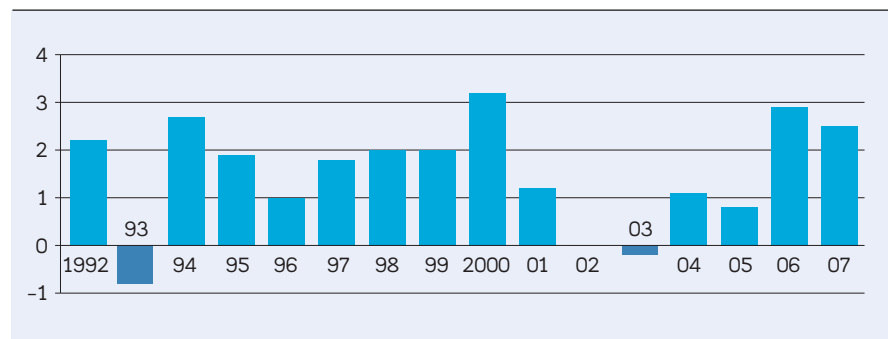
Das BIP ist gleich der Summe aus entstandenem Arbeitnehmerentgelt, entstandenem Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Produktions- und Importabgaben sowie Abschreibungen abzüglich des Saldos der Primäreinkommen aus der übrigen Welt. Alternativ könnte das BIP auch über die empfangenen Einkommen ermittelt werden (siehe 4.1.4). → **Abb. 1**

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt dargestellt. Die Zunahme oder Abnahme des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung

des Volumens der gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Rechnung wird der Einfluss der Preisveränderung ausgeschaltet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet. Diese neue (im Jahr 2005 eingeführte) Methode ersetzt die früher übliche Berechnung in konstanten Preisen eines festen Preisbasisjahres. Sie gewährleistet, dass stets die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt werden. Die jährlichen Veränderungsraten des preisbereinigten Brutto-

Abb. 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts preisbereinigt, Kettenindex (2000=100) - Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %



inlandsprodukts können als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden. → **Abb. 2**

In Deutschland hat das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2007 um rund 27 % zugenommen. Nach einem Boom im Jahr 2000 (+3,2 %) und einer Stagnation bzw. negativen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in 2002 und 2003 ist die deutsche Wirtschaft zuletzt wieder deutlich gewachsen: Im Vergleich zum Vorjahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in 2006 um 2,9 % und in 2007 um 2,5 %. Ausgehend vom preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt kann die Arbeitsproduktivität berechnet werden, und zwar je Erwerbstätigen und je Erwerbstätigenstunde. Die Arbeitsproduktivität zeigt, wie sich die Produktivität einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschaftsbereichs im Zeitverlauf entwickelt. Bezieht man demgegenüber das nominale Bruttoinlandsprodukt auf den Arbeitseinsatz, erhält man ein Maß für die Wirtschaftsleistung unterschiedlicher Wirtschaftsgebiete in einer bestimmten Periode.

4.1.2 Die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wird die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt; man spricht daher

auch vom Produktionsansatz. Ausgehend vom Wert der von den Wirtschaftseinheiten in einer Periode produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) wird durch Abzug der Vorleistungen die Bruttowertschöpfung ermittelt. Vorleistungen sind Waren und Dienstleistungen, die im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Sie umfassen unter anderem Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Brenn- und Treibstoffe sowie Reparaturleistungen. Die Bruttowertschöpfung ist eine wichtige Kennzahl für die Leistung der Wirtschaftsbereiche. Den gedanklichen Anknüpfungspunkt für ihre Berechnung bilden die einzelnen Wirtschaftseinheiten, die zu Wirtschaftsbereichen aggregiert werden. Die in tiefer Gliederung berechnete Bruttowertschöpfung wird derzeit nach maximal 60 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht.

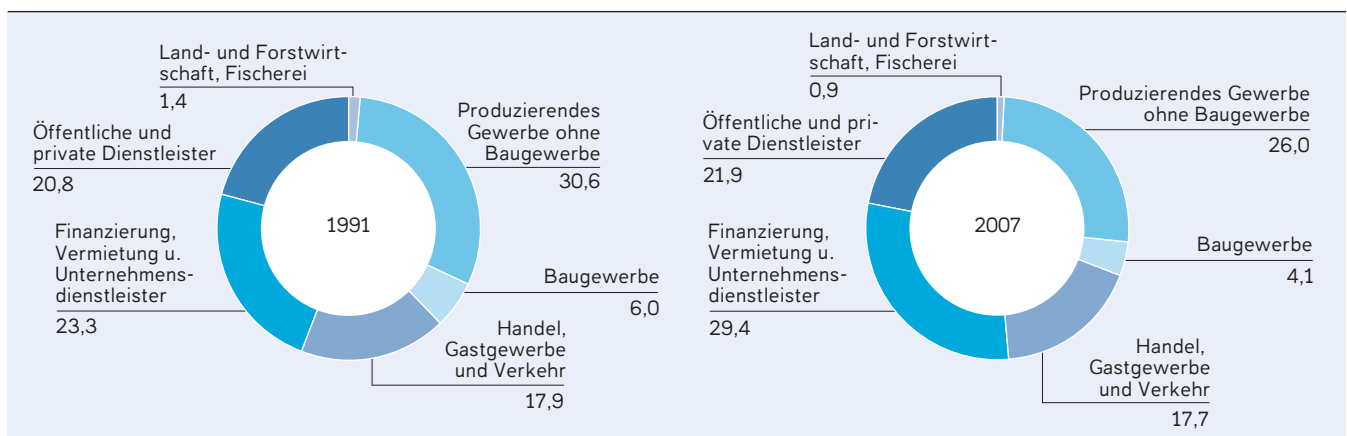
Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen

Im Jahr 2007 wurden rund 69 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von den Dienstleistungsbereichen erbracht. Bedeutsam ist insbesondere der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, auf den 29,4 % der Bruttowertschöpfung entfallen sind. Der Beitrag des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) zur gesamtwirtschaftlichen Leistung belief sich auf 26 %. Im Jahr 1991 betrug der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung noch 30,6 %. Auf den Bereich Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister entfielen seinerzeit 23,3 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, auf die Dienstleistungsbereiche insgesamt 62 %. Der Anteil des Baugewerbes ist von 6,0 % auf 4,1 %

Tab. 1: Ergebnisse der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen 2007, in jeweiligen Preisen

	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung
	in Mrd. EUR		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48,20	28,27	19,93
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 766,05	1 201,38	564,67
darunter Verarbeitendes Gewerbe	1 645,67	1 136,94	508,73
Baugewerbe	210,67	122,14	88,53
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	753,91	368,64	385,27
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	986,27	348,44	637,83
Öffentliche und private Dienstleister	689,47	213,52	475,95
Alle Wirtschaftsbereiche	4 454,57	2 282,39	2 172,18

Abb. 3: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1991 und 2007, in %



Tab. 2: Erwerbstätige im Inland nach zusammengefassten Wirtschaftsbereichen

	Insgesamt in 1 000	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Bau- gewerbe	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	darunter Ver- arbeitendes Gewerbe				
in % von insgesamt								
1991	38 621	3,9	29,3	27,4	7,3	24,1	9,7	25,7
2004	38 880	2,2	20,6	19,6	5,8	25,2	16,2	29,9
2005	38 846	2,2	20,3	19,3	5,6	25,1	16,5	30,3
2006	39 088	2,2	20,0	19,0	5,5	25,0	16,9	30,4
2007	39 737	2,1	19,9	19,0	5,5	24,9	17,3	30,2

zurückgegangen. In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie öffentliche und private Dienstleister traten nur kleinere Veränderungen auf. → Tab. 1, Abb. 3

Die Zahlen verdeutlichen einen beträchtlichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft seit der Wiedervereinigung. Bei ihrer Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Gewichte zwischen den Wirtschaftsbereichen auch durch Auslagerungsprozesse oder den Einsatz von Leiharbeitern verschieben können, ohne dass sich die Art der Tätigkeiten bzw. der Produktionsprozesse ändert.

Die Umstrukturierungsprozesse der deutschen Wirtschaft spiegeln sich auch in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche wider. Erhebliche Verschiebungen gab es vor allem im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) und im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. Im Produzierenden Gewerbe waren 2007 rund 20 % der Erwerbstätigen beschäftigt, 1991 waren es 29,3 %. Umgekehrt ist der Anteil der Erwerbstätigen im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister – diesem Bereich werden auch die Zeitarbeitsunternehmen zugeordnet – deutlich angestiegen: von 9,7 % im Jahr 1991 auf 17,3 % in 2007. Stark rückläufig war der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1991: 3,9 %; 2007: 2,1 %) und im Baugewerbe (1991: 7,3 %;

2007: 5,5 %). 2007 waren von 100 Erwerbstätigen 30 bei öffentlichen und privaten Dienstleistern beschäftigt, 1991 waren es rund 26 von 100. Fast unverändert geblieben ist der Anteil der Erwerbstätigen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1991: 24,1 %; 2007: 24,9 %). → Tab. 2

Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich durch Addition des Saldos aus Gütersteuern und Gütersubventionen das Bruttoinlandsprodukt. Nach den Konzepten des ESVG 1995 wird die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen bewertet. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und die Produktionswerte) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf den Gütern lastenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern). Damit das Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)

sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her gleich ist, schließt es die Nettogütersteuern ein. Aus diesem Grund müssen die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) hinzugefügt werden, um zum Bruttoinlandsprodukt zu gelangen. → Tab. 3

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) errechnet sich, indem vom Bruttoinlandsprodukt die Primäreinkommen abgezogen werden, die an die übrige Welt geflossen sind, und umgekehrt die Primäreinkommen hinzugefügt werden, die inländische Wirtschaftseinheiten von der übrigen Welt bezogen haben.

4.1.3 Die Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Inlandsproduktsberechnung zeigt, wie die inländischen Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Sie

Tab. 3: Aggregate der Entstehungsrechnung und Ableitung des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttonationaleinkommens in jeweiligen Preisen

	2004	2005	2006	2007
in Mrd. EUR				
Produktionswert	3919,20	4062,24	4274,96	4454,57
- Vorleistungen	1920,46	2035,84	2180,74	2282,39
+ Gütersteuern	223,15	225,00	234,39	258,08
- Gütersubventionen	10,69	6,80	6,41	6,46
= Bruttoinlandsprodukt	2211,20	2244,60	2322,20	2423,80
+ Saldo der Primäreinkommen mit der übrigen Welt	15,07	20,40	22,17	22,61
= Bruttonationaleinkommen	2226,27	2265,00	2344,37	2446,41

Tab. 4: Aggregate der Verwendungsrechnung, in jeweiligen Preisen

	2004	2005	2006	2007
	in Mrd. EUR			
Konsumausgaben	1723,12	1747,91	1783,38	1810,44
Private Haushalte	1269,88	1290,15	1321,56	1337,76
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	37,65	36,25	35,94	36,63
Staat	415,59	421,51	425,88	436,05
+ Bruttoinvestitionen	377,05	383,36	412,44	442,51
Bruttoanlageinvestitionen	387,25	390,82	417,11	449,56
Ausrüstungen	154,51	162,11	173,68	186,53
Bauten	207,96	203,40	217,18	235,92
Sonstige Anlagen	24,78	25,31	26,25	27,11
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	-10,20	-7,46	-4,67	-7,05
= Inländische Verwendung	2100,17	2131,27	2195,82	2252,95
+ Außenbeitrag	111,03	113,33	126,38	170,85
Exporte	847,80	917,98	1046,48	1133,04
abzüglich: Importe	736,77	804,65	920,10	962,19
= Bruttoinlandsprodukt	2211,20	2244,60	2322,20	2423,80
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Konsumausgaben	1,3	1,4	2,0	1,5
Private Haushalte	1,8	1,6	2,4	1,2
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,7	-3,7	-0,9	1,9
Staat	-0,3	1,4	1,0	2,4
+ Bruttoinvestitionen	0,2	1,7	7,6	7,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,9	6,7	7,8
Ausrüstungen	3,5	4,9	7,1	7,4
Bauten	-2,4	-2,2	6,8	8,6
Sonstige Anlagen	1,8	2,1	3,7	3,3
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	x	x	x	x
= Inländische Verwendung	1,1	1,5	3,0	2,6
+ Außenbeitrag	x	x	x	x
Exporte	9,9	8,3	14,0	8,3
abzüglich: Importe	7,5	9,2	14,3	4,6
= Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,5	3,5	4,4

Tab. 5: Aggregate der Verwendungsrechnung, preisbereinigt

	2004	2005	2006	2007
	Kettenindex (2000=100)			
Konsumausgaben	101,28	101,34	102,29	102,45
Private Haushalte	101,39	101,39	102,46	101,94
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	102,07	99,85	97,73	99,23
Staat	100,90	101,37	102,24	104,39
+ Bruttoinvestitionen	85,52	86,69	91,95	95,95
Bruttoanlageinvestitionen	90,07	91,01	96,56	101,39
Ausrüstungen	94,23	99,90	108,21	117,09
Bauten	85,05	82,41	85,93	87,87
Sonstige Anlagen	112,49	117,94	125,82	134,11
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	x	x	x	x
= Inländische Verwendung	97,84	98,13	99,96	100,90
+ Außenbeitrag	x	x	x	x
Exporte	125,16	134,09	150,85	162,57
abzüglich: Importe	112,72	120,27	133,74	140,19
= Bruttoinlandsprodukt	102,09	102,89	105,84	108,47
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Konsumausgaben	-0,2	0,1	0,9	0,2
Private Haushalte	0,2	0,0	1,1	-0,5
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0,2	-2,2	-2,1	1,5
Staat	-1,5	0,5	0,9	2,1
+ Bruttoinvestitionen	-0,3	1,4	6,1	4,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	1,0	6,1	5,0
Ausrüstungen	4,6	6,0	8,3	8,2
Bauten	-3,8	-3,1	4,3	2,3
Sonstige Anlagen	2,1	4,8	6,7	6,6
Vorratsveränderungen u. Nettozugang an Wertsachen	x	x	x	x
= Inländische Verwendung	-0,2	0,3	1,9	0,9
+ Außenbeitrag	x	x	x	x
Exporte	10,0	7,1	12,5	7,8
abzüglich: Importe	7,2	6,7	11,2	4,8
= Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,8	2,9	2,5

können konsumiert, investiert oder exportiert werden. → **Tab. 4, 5**

Das Bruttoinlandsprodukt setzt sich aus der inländischen Verwendung und dem Außenbeitrag zusammen. Die inländische Verwendung umfasst die Konsumausgaben und die Bruttoinvestitionen. In den vergangenen Jahren entfielen jeweils knapp zwei Drittel der inländischen Verwendung auf die privaten Konsumausgaben. Unter privaten Konsumausgaben wird im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländi-

sche private Haushalte verstanden. Dazu zählen unter anderem die Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Haushaltsgeräte, für Wohnungsmieten und Energie sowie für Freizeit und Unterhaltung. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sind ebenfalls Teil der privaten Konsumausgaben. → **Tab. 6**

Auf die Konsumausgaben des Staates entfällt rund ein Fünftel der inländischen Verwendung. Sie umfassen die Aufwendungen des Staates für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung,

Gesundheitswesen und Ähnlichem, soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Knapp ein Fünftel der Güter der inländischen Verwendung wird investiert und erhöht damit den Bestand an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen) oder verändert die Vorrats- und Wertsachenbestände. Die Anlage- und insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen sind eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Verlauf der kommenden Jahre. Die

Tab. 6: Inländische Verwendung in jeweiligen Preisen

	Inländische Verwendung	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen
	in Mrd. EUR	in % der inländischen Verwendung			
2004	2 100,17	60,5	1,8	19,8	18,0
2005	2 131,27	60,5	1,7	19,8	18,0
2006	2 195,82	60,2	1,6	19,4	18,8
2007	2 252,95	59,4	1,6	19,4	19,6



Ansätze der Verwendungsrechnung

Zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts über die Verwendungsseite kommen grundsätzlich drei Ansätze in Betracht: Die Käufer bzw. Verwender der Güter können nach ihren Ausgaben befragt werden. Es ist aber auch möglich, die Produzenten der Waren und Dienstleistungen über ihre Lieferungen an Konsumenten, Investoren und die übrige Welt zu befragen. Schließlich können mit Hilfe der Güterstrommethode die Verwendungsstrukturen für Waren und Dienstleistungen geschätzt werden. Theoretisch führen alle drei Ansätze zum gleichen Ergebnis, so dass die Entscheidung darüber, welcher Weg in der Praxis beschränkt wird, vor allem von den statistischen Gegebenheiten und den Nutzeranforderungen an die Aktualität abhängt.

Jahre 2006 und 2007 verzeichneten eine starke Zunahme der Investitionen, die wesentlich zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beigetragen haben.

Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört, wie bereits erwähnt, auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die bzw. aus der übrigen Welt dar. Von 2004 bis 2007 erzielte Deutschland hohe Exportüberschüsse, von denen entsprechend positive Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgingen. In längerfristiger Betrachtung hat Deutschland seit 1994 stets einen positiven Außenbeitrag erzielt.

4.1.4 Die Verteilungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verteilungsrechnung stellt – neben der Entstehungs- und Verwendungsrechnung – einen dritten Weg dar, um das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen zu ermitteln. Anders als beim Produktionsansatz bzw. bei der Verwendungsrechnung knüpft die Verteilungsrechnung nicht an Gütertransaktionen an, sondern geht von Einkommensarten aus. Eine Berechnung des BIP bzw. des BNE von der Einkommenseite kann sowohl bei den geleisteten (entstandenen bzw. gezahlten) als auch bei den empfangenen Einkommen ansetzen. **Tab. 7**

Der alternative Ansatz der Verteilungsrechnung geht ebenfalls von den Einkommensarten aus, knüpft aber an die empfangenen Einkommen an. Bei diesem Ansatz sind die empfangenen Einkommen der Inländer (nach Arten) zu berechnen. **Tab. 8**

In Deutschland ist eine eigenständige und in sich geschlossene Verteilungsrechnung nicht möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. über die Unternehmenseinkommen nur lückenhafte basisstatistische Informationen vorliegen. Diese Größen müssen daher aus der Entstehungsrechnung übernommen bzw. abgeleitet werden.

Tab. 7: Berechnung des BIP und des BNE über die entstandenen und verteilten Einkommen

	2004	2005	2006	2007
	in Mrd. EUR			
Betriebsüberschuss/ Selbständigeneinkommen	514,27	539,16	579,05	618,14
+ Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1 137,80	1 131,00	1 149,99	1 181,33
+ Sonstige Produktions- und Importabgaben	43,01	47,22	53,54	53,71
- Sonstige Subventionen	23,98	26,56	27,84	26,22
= Nettowertschöpfung	1 671,10	1 690,82	1 754,74	1 826,96
+ Abschreibungen	327,64	335,58	339,48	345,22
= Bruttowertschöpfung	1 998,74	2 026,40	2 094,22	2 172,18
+ Gütersteuern	223,15	225,00	234,39	258,08
- Gütersubventionen	10,69	6,80	6,41	6,46
= Bruttoinlandsprodukt	2 211,20	2 244,60	2 322,20	2 423,80
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	140,45	162,61	195,89	232,49
- Primäreinkommen an die übrige Welt	125,38	142,21	173,72	209,88
= Bruttonationaleinkommen	2 226,27	2 265,00	2 344,37	2 446,41

Tab. 8: Berechnung des Bruttonationaleinkommens über die empfangenen Einkommen

	2004	2005	2006	2007
	in Mrd. EUR			
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	530,03	561,25	601,87	643,18
+ Arbeitnehmerentgelt der Inländer	1137,07	1129,90	1149,36	1181,03
= Volkseinkommen	1667,10	1691,15	1751,23	1824,21
+ Produktions- und Importabgaben an den Staat	260,20	265,49	280,43	304,00
- Subventionen des Staates	28,67	27,22	26,77	27,02
= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1898,63	1929,42	2004,89	2101,19
+ Abschreibungen	327,64	335,58	339,48	345,22
= Bruttonationaleinkommen	2 226,27	2 265,00	2 344,37	2 446,41
- Primäreinkommen aus der übrigen Welt	140,45	162,61	195,89	232,49
+ Primäreinkommen an die übrige Welt	125,38	142,21	173,72	209,88
= Bruttoinlandsprodukt	2 211,20	2 244,60	2 322,20	2 423,80

Der umfassendste Einkommensbegriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttonationaleinkommen. Es ist an die Stelle des früher benutzten Begriffs des Bruttosozialprodukts getreten und stimmt mit diesem konzeptionell überein. Das Bruttonationaleinkommen ist gleich dem von den inländischen Wirtschaftseinheiten per Saldo empfangenen Primäreinkommen und hat insbesondere als Indikator für die Berechnung der EU-Eigenmittel eine herausragende Bedeutung.

Die Beschreibung der funktionalen Einkommensverteilung knüpft an das Volkseinkommen an. Das Volkseinkommen ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die die inländischen Wirtschaftseinheiten in einer Periode em-

pfangen haben. Es setzt sich dementsprechend aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammen.

Das Volkseinkommen lag im Jahr 2007 bei 1 824,2 Mrd. Euro, das waren 22 176 Euro je Einwohner. Auf das Arbeitnehmerentgelt entfielen 1 181 Mrd. Euro, auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen 643,2 Mrd. Euro. Während sich die beiden Komponenten des Volkseinkommens zwischen 1994 und 2003 weitestgehend parallel entwickelt haben, verzeichneten seit 2004 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen ein deutlich stärkeres Wachstum als das Arbeitnehmerentgelt, so dass sich die Schere zwischen den beiden Einkommensarten zunehmend geöffnet hat. In 2007 be-

trug die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, 64,7 %. Sie ist seit dem Jahr 2000 rückläufig, seinerzeit lag sie noch bei 72,2 %. Bei der Interpretation der Lohnquote muss indessen berücksichtigt werden, dass das Arbeitnehmerentgelt ausschließlich den privaten Haushalten zufließt, während sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen auf alle volkswirtschaftlichen Sektoren verteilen und z. B. auch Arbeitnehmerhaushalte Zinsen aus Sparguthaben oder Dividenden aus Aktienbesitz beziehen. → Tab. 9

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie die Lohnsteuer der Arbeitnehmer. Es ist ein Maß für die Kosten des Faktors Arbeit in einer Volkswirtschaft und fließt in die Kennziffern Lohnkosten und Lohnstückkosten ein. Im Jahr 2007 entfielen 19,1 % des Arbeitnehmerentgelts auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 28,3 % auf die Abzüge der Arbeitnehmer (Sozialbeiträge: 13,8 %, Lohnsteuer: 14,5 %). In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung blieben 2007 vom Arbeitnehmerentgelt 52,6 % als Nettolöhne- und -gehälter bei den Arbeitnehmern; 1991 waren es noch 56,8 %.

2007 betragen die monatlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2 262 Euro, die monatlichen Nettolöhne und -gehälter 1 471 Euro. Diese Zahlen sind Durchschnittswerte, in die alle inländischen Arbeitnehmer mit ihren Brutto- bzw. Nettolöhnen und -gehältern einfließen. → Tab. 10

Tab. 9: Verteilung des Volkseinkommens

	Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt			Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Mrd. EUR
	in Mrd. EUR	in EUR je Einwohner	in Mrd. EUR	in % vom Volkseinkommen	in EUR je Arbeitnehmer	
2004	1667,10	20 207	1137,07	68,2	32 890	530,03
2005	1691,15	20 508	1129,90	66,8	32 853	561,25
2006	1751,23	21 262	1149,36	65,6	33 205	601,87
2007	1824,21	22 176	1181,03	64,7	33 540	643,18

Tab. 10: Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (Inländer)

	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	Bruttolöhne und -gehälter	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Lohnsteuer der Arbeitnehmer	Nettolöhne und -gehälter	Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer
	in Mrd. EUR						monatl. EUR
2004	1137,07	222,74	914,33	150,35	160,45	603,53	2 204
2005	1129,90	217,99	911,91	151,83	157,32	602,76	2 210
2006	1149,36	223,38	925,98	158,15	162,39	605,44	2 229
2007	1181,03	225,36	955,67	162,42	171,55	621,70	2 262

Tabelle 11 zeigt die Bruttolöhne und -gehälter im Inland nach Wirtschaftsbereichen. 2007 waren die Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) mit 46 516 Euro im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe am höchsten und im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei am niedrigsten (18 616 Euro). Die höchsten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer verzeichnete 2007 ebenfalls das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe (37 179 Euro), die niedrigsten

die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit 15 491 Euro. → Tab. 11

Die Höhe der Lohnkosten und der Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer wird auch von der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitnehmer beeinflusst. Insbesondere aufgrund unterschiedlicher Teilzeitquoten gibt es hier erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen: So leisteten im Jahr 2007 die Arbeitnehmer im Pro-

duzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) im Durchschnitt 1 438 Arbeitsstunden. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr wurden je Arbeitnehmer nur 1 292 Arbeitsstunden geleistet.

4.1.5 Zusammenfassung

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) geben ein umfassendes quantitatives Gesamtbild des wirtschaft-

Tab. 11: Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne und -gehälter im Inland

	Alle Wirtschaftsbereiche	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	darunter Verarbeitendes Gewerbe				
Arbeitnehmerentgelt in Mrd. EUR								
2004	1137,80	8,41	337,69	316,23	53,82	224,33	181,46	332,09
2005	1131,00	7,95	333,32	311,96	50,56	224,13	185,26	329,78
2006	1149,99	8,03	342,71	320,93	50,61	227,04	190,04	331,56
2007	1181,33	8,34	352,87	331,23	52,25	232,85	200,38	334,64
in EUR je Arbeitnehmer (Lohnkosten)								
2004	32 829	18 403	43 833	43 213	29 282	26 188	33 697	31 013
2005	32 792	18 027	44 084	43 424	29 091	26 300	34 099	30 549
2006	33 145	18 417	45 756	45 081	29 390	26 508	33 845	30 508
2007	33 474	18 616	46 516	45 883	29 840	26 752	34 288	30 538
Bruttolöhne und -gehälter in Mrd. EUR								
2004	914,75	6,95	269,38	253,67	44,18	184,33	145,62	264,29
2005	912,63	6,60	268,26	252,52	41,69	184,65	148,42	263,01
2006	926,34	6,66	272,22	256,49	41,60	186,70	154,49	264,67
2007	955,79	6,94	282,04	266,32	43,15	192,01	163,88	267,77
in EUR je Arbeitnehmer (Verdienst)								
2004	26 394	15 208	34 966	34 664	24 037	21 519	27 042	24 682
2005	26 461	14 966	35 479	35 150	23 987	21 667	27 318	24 364
2006	26 699	15 275	36 344	36 029	24 158	21 798	27 514	24 353
2007	27 083	15 491	37 179	36 892	24 643	22 060	28 042	24 436

lichen Geschehens in einer Volkswirtschaft. Für ihre Erstellung wird eine Vielzahl unterschiedlicher Basisstatistiken verwendet. Die deutschen VGR folgen den Definitionen und Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995.

Zentrale Größe der VGR ist das Bruttoinlandsprodukt, das ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung ist. Die wichtigste Kenngröße für die Leistung der Wirtschaftsbereiche ist die Bruttowertschöpfung. Von der Entstehungsseite her trug im Jahr 2007 der Bereich Finanzierung,

Vermietung und Unternehmensdienstleister 29,4 % zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei. Auf die Dienstleistungsbereiche insgesamt entfielen 69 % der Bruttowertschöpfung, auf das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) 26 %.

Den größten Anteil an der inländischen Verwendung haben mit gut 60 % die privaten Konsumausgaben. Rund 20 % der inländischen Verwendung ist in den vergangenen Jahren auf den Staatskonsum entfallen und knapp ein Fünftel der Güter wurde investiert. Zur Nachfrage bzw. Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts gehört zudem der Außenbeitrag.

Das vergleichsweise starke Wirtschaftswachstum der Jahre 2006 und 2007 wurde von den Bruttoinvestitionen und vom Außenhandel getragen.

Die funktionale Einkommensverteilung knüpft an das Volkseinkommen an, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt. Während sich die beiden Komponenten des Volkseinkommens zwischen 1994 und 2003 weitestgehend parallel entwickelt haben, sind ab 2004 die Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich stärker angestiegen als das Arbeitnehmerentgelt.

4.2.1 Bedeutung der Außenwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land aber auch auf Importe – insbesondere im Energiebereich (Erdöl, Erdgas) – angewiesen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Anteil der Wareneinfuhren in Deutschland 40 % und der Anteil der Exporte 32 % im Jahr 2007. Die Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Volkswirtschaft wird auch daran deutlich, dass Deutschland 2007 erneut die weltweit größte Exportnation war. Bereits zum fünften Mal in Folge errang Deutschland den inoffiziellen Titel des »Exportweltmeisters«. Deutschland hatte im Jahr 2007 einen Anteil von 9,5 % an den weltweiten Exporten. Mit einem Anteil von 8,8 % an den weltweiten Exporten lag China auf Rang zwei. Den dritten Rang nahmen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 8,4 % ein. → **Tab. 1**

Einfuhrseitig nahm Deutschland mit einem Anteil von 7,5 % an den weltweiten Importen die Position zwei innerhalb der größten Importländer der Welt ein. Deutlich an der Spitze der größten Importnationen lagen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 14,2 %. Auf Platz drei rangierte China mit einem Anteil von 6,7 %.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist zunehmend vom Export abhängig. Im Jahr 2005 arbeiteten 8,3 Mill. Erwerbstätige in Deutschland direkt oder indirekt für den Export, das waren 21,4 % aller Erwerbstätigen. 1995 waren es nur 15,6 %.

→ **Tab. 2**

Im Zeitraum 1995 bis 2005 ist die Zahl der vom Export abhängigen Erwerbstätigen

Tab. 1: Die wichtigsten Exporteure im weltweiten Außenhandel 2007

Rang	Land	Wert in Mrd. US-\$	Anteil am Welt-handel in %	Veränderungsrate zum Vorjahr in %
1	Deutschland	1327	9,5	+20
2	China	1218	8,8	+26
3	Vereinigte Staaten	1163	8,4	+12
4	Japan	713	5,1	+10
5	Frankreich	552	4,0	+11
6	Niederlande	551	4,0	+19
7	Italien	492	3,5	+18
8	Vereinigtes Königreich	436	3,1	-3
9	Belgien	432	3,1	+18
10	Kanada	418	3,0	+8

Quelle: World Trade Organization (WTO).

tigen um 2,4 Mill. Personen gestiegen. Dagegen waren 2005 etwa 1,3 Mill. Personen weniger für die inländische Endverwendung tätig als 1995. Seit 2000 werden Arbeitsplatzverluste, die durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität und die Verlagerung von Teilen der Produktionskette ins Ausland entstanden sind, in der Exportwirtschaft kompensiert. Allerdings reichte der Zuwachs der exportabhängigen Beschäftigung nicht aus, um die durch schwache Inlandsnachfrage und veränderte Strukturen bei der Produktion für den inländischen Markt entstandenen Arbeitsplatzverluste voll auszugleichen. Insbesondere für die Erhaltung und Gewinnung von Arbeitsplätzen in den ver-

arbeitenden Produktionsbereichen ist die Auslandsnachfrage von großer Bedeutung. In diesen Bereichen hat die Exportabhängigkeit der Beschäftigung von knapp 40 % im Jahr 1995 auf 55 % im Jahr 2005 zugenommen.

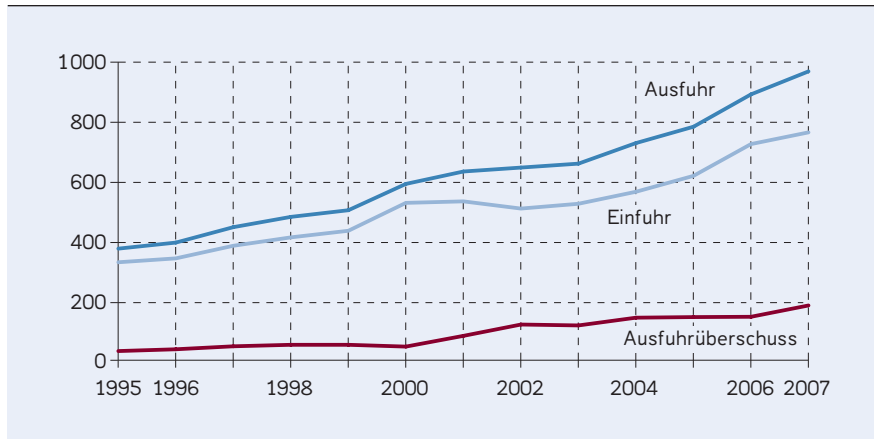
4.2.2 Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels

Im Jahr 2007 wurden Waren im Wert von 969 Mrd. Euro aus Deutschland exportiert, das waren 8,5 % mehr als 2006. eingeführt wurden gleichzeitig Waren im Wert von 772,5 Mrd. Euro. Die deutschen Importe stiegen gegenüber 2006

Tab. 2: Entwicklung der exportabhängigen Beschäftigung

	Erwerbstätige insgesamt	Vom Export abhängige Erwerbstätige	
		in Mill.	Anteil in %
1995	37,6	5,9	15,6
1996	37,5	6,1	16,1
1997	37,5	6,4	17,1
1998	37,9	6,6	17,5
1999	38,4	6,9	17,9
2000	39,1	7,3	18,7
2001	39,3	7,7	19,5
2002	39,1	7,9	20,1
2003	38,7	7,8	20,2
2004	38,9	8,1	20,8
2005	38,8	8,3	21,4

Abb. 1: Entwicklung des deutschen Außenhandels, in Mrd. EUR



um 5,2 %. Im Jahr 2006 hatten sich die Ausfuhren um 13,6 % und die Einfuhren um 16,9 % erhöht. Die deutsche Handelsbilanz – der Saldo aus Exporten und Importen – erzielte im Jahr 2007 mit einem Plus von 196,5 Mrd. Euro ein Rekordergebnis.

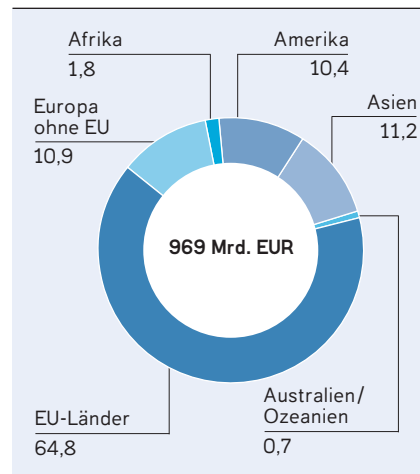
Im Vergleich zu 1995 hat sich der deutsche Außenhandel mit einem Anstieg um 140 % mehr als verdoppelt. Die deutschen Ausfuhren stiegen um 153 %, die Einfuhren haben um 127 % zugenommen. Der Handelsbilanzsaldo hat sich in diesem Zeitraum sogar mehr als vervierfacht. → **Abb. 1**

4.2.3 Außenhandel nach Kontinenten, Ländergruppen und Ländern

Über drei Viertel (76 %) aller aus Deutschland exportierten Waren gingen im Jahr 2007 in andere europäische Länder. Den Großteil seiner Außenhandelsumsätze erwirtschaftet Deutschland traditionell im Handel mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). So hatten 65 % der deutschen Exporte des Jahres 2007 ein anderes EU-Land zum Ziel. → **Abb. 2**

Von den im Jahr 2007 nach Deutschland importierten Waren kamen 72 % aus Europa. Auch bei den deutschen Importen stammte der Großteil aus den anderen EU-Ländern (60 %).

Abb. 2: Ausfuhr nach Ländergruppen 2007, in %



Vorläufige Ergebnisse.

Im Jahr 2007 gingen 11,2 % der aus Deutschland exportierten Waren nach Asien und 10,4 % nach Amerika. Afrika sowie Australien und Ozeanien spielten für die deutschen Exporte nur Nebenrollen mit Anteilen von 1,8 % bzw. 0,7 %.

Tab. 3: Die bedeutendsten Handelspartner Deutschlands

	Ausfuhr	Einfuhr
1950-1958	Niederlande	Vereinigte Staaten
1959	Vereinigte Staaten	Vereinigte Staaten
1960	Niederlande	Vereinigte Staaten
1961-1966	Frankreich	Vereinigte Staaten
1967-1972	Frankreich	Frankreich
1973-1986	Frankreich	Niederlande
1987-2007	Frankreich	Frankreich

Aus den Ländern Asiens stammten 16,5 % der deutschen Gesamteinfuhr. Aus Amerika kamen 9,1 %, aus Afrika 2,0 %, aus Australien und Ozeanien 0,3 % der deutschen Gesamtimporte.

In den Jahren 1967 bis 1972 war Frankreich sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausfuhren auf Rang eins der wichtigsten Handelspartner. Von 1973 bis 1986 war Frankreich auf Rang eins bei den deutschen Exporten, die Rangliste der wichtigsten deutschen Importländer führten die Niederlande an. Ab 1987 ist Frankreich wieder in beiden Handelsrichtungen der bedeutendste Handelspartner Deutschlands → **Tab. 3**

Im Jahr 2007 waren – wie auch im Vorjahr – neben Frankreich die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich die wichtigsten Bestimmungsländer deutscher Exporte. Von Deutschland wurden Waren im Wert von 94 Mrd. Euro (Anteil von 9,7 % an den deutschen Ausfuhren) nach Frankreich exportiert, in die Vereinigten Staaten im Wert von 73 Mrd. Euro (7,6 %) und ins Vereinigte Königreich Waren für 71 Mrd. Euro (7,3 %). Unter den 15 wichtigsten Abnehmerländern deutscher Exporte befanden sich elf Länder der Europäischen Union. Insgesamt entfielen auf die 15 wichtigsten Ausfuhrländer 74 % (714 Mrd. Euro) aller deutschen Exporte.

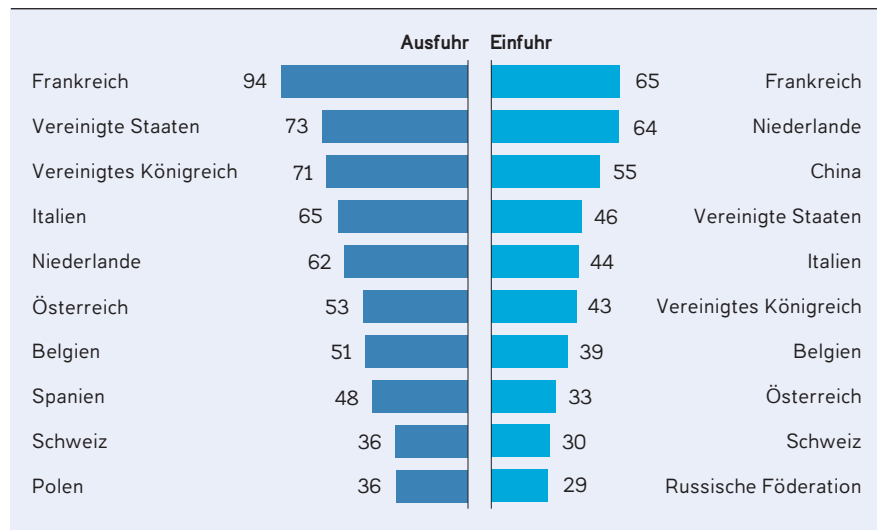
Bei den Importen sicherten sich Frankreich (65 Mrd. Euro; Anteil von 8,4 % an den gesamten deutschen Einfuhren) und die Niederlande (64 Mrd. Euro; 8,3 %) die vorderen Plätze. Auf Platz drei kam

China (55 Mrd. Euro; 7,1 %), vor den Vereinigten Staaten (46 Mrd. Euro; 5,9 %). Der Anteil der Top 15 an den deutschen Einfuhren lag im Jahr 2007 bei 73 % (561 Mrd. Euro). → **Abb. 3**

Im Gütertausch mit den 15 Top-Handelspartnern erzielte Deutschland 2007 in zehn Fällen einen Handelsüberschuss, in fünf Fällen war der Saldo negativ. Der höchste Überschuss ergab sich im Handel mit Frankreich (28,9 Mrd. Euro), gefolgt vom Handel mit den Vereinigten Staaten, der aus deutscher Sicht mit einem Plus von 27,7 Mrd. Euro abschloss. Auf den Rängen drei und vier folgten das Vereinigte Königreich (27,6 Mrd. Euro) und Spanien (27,0 Mrd. Euro). Defizitär war der Handelssaldo mit China (-24,7 Mrd. Euro), Japan (-11,0 Mrd. Euro), den Niederlanden (-2,0 Mrd. Euro), der Russischen Föderation (-0,6 Mrd. Euro) und der Tschechischen Republik (-0,2 Mrd. Euro), d.h. sie führten mehr nach Deutschland aus, als sie von dort bezogen.

Als Handelspartner gewinnt China immer größere Bedeutung. Während China im Jahr 1995 noch an 13. Stelle aller Handelspartner Deutschlands lag, hatte es im Jahr 2000 bereits die elfte Stelle aller

Abb. 3: Rangfolge der Handelspartner Deutschlands 2007, in Mrd. EUR



Vorläufige Ergebnisse.

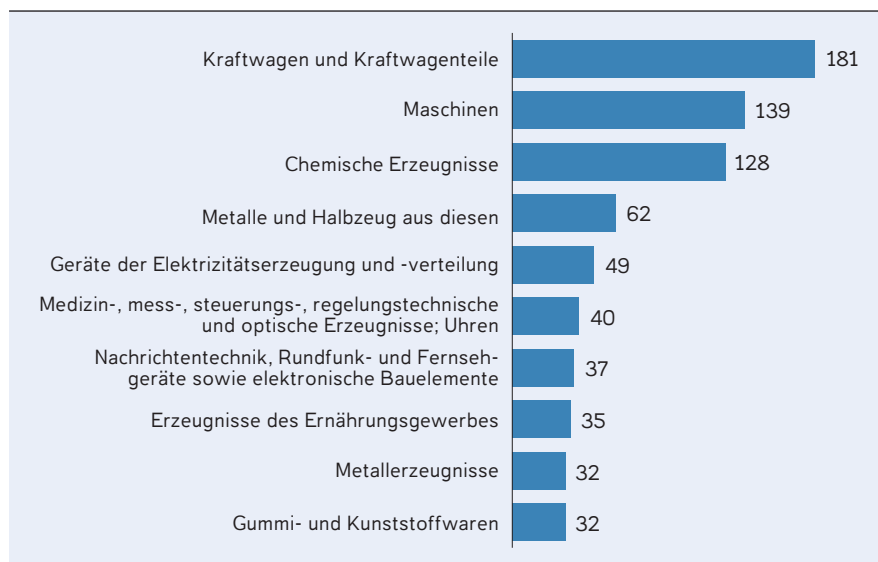
Handelspartner Deutschlands erreicht, und im Jahr 2007 war China auf den achten Platz der Rangfolge vorgerückt. In der Rangfolge der wichtigsten Abnehmerländer deutscher Exporte lag China im Jahr 2007 auf Rang elf. Einfuhrseitig war China das dritt wichtigste Importland für Deutschland. Zwischen 1995 und 2007 haben sich die deutschen Ausfuhren nach China mehr als verfünffacht; die Einfuhren chinesischer Güter nach Deutschland fast versiebenfacht.

4.2.4 Außenhandel nach Warengruppen

Im Jahr 2007 wurden insgesamt Waren im Wert von 969 Mrd. Euro aus Deutschland exportiert. Mit einem Anteil von 18,7 % waren dabei Kraftwagen und Kraftwagenteile Deutschlands wichtigstes Exportgut. Auf Rang zwei und drei der wichtigsten Exportgüter folgten Maschinen (14,3 %) und chemische Erzeugnisse (13,2 %). Diese drei Branchen machten 46,1 % der deutschen Ausfuhren aus. Insgesamt nahmen die deutschen Exporte im Jahr 2007 um 8,5 % gegenüber dem Jahr 2006 zu. Die Exporte von Metallen und Halbzeug (Rohmaterialformen) aus diesen (+11,6 %) sowie Kraftwagen und Kraftwagenteile (+8,6 %) stiegen leicht überdurchschnittlich, während sich die Exporte von chemischen Erzeugnissen und Maschinen (+6,9 % bzw. +6,7 %) unterdurchschnittlich erhöhten. → **Abb. 4**

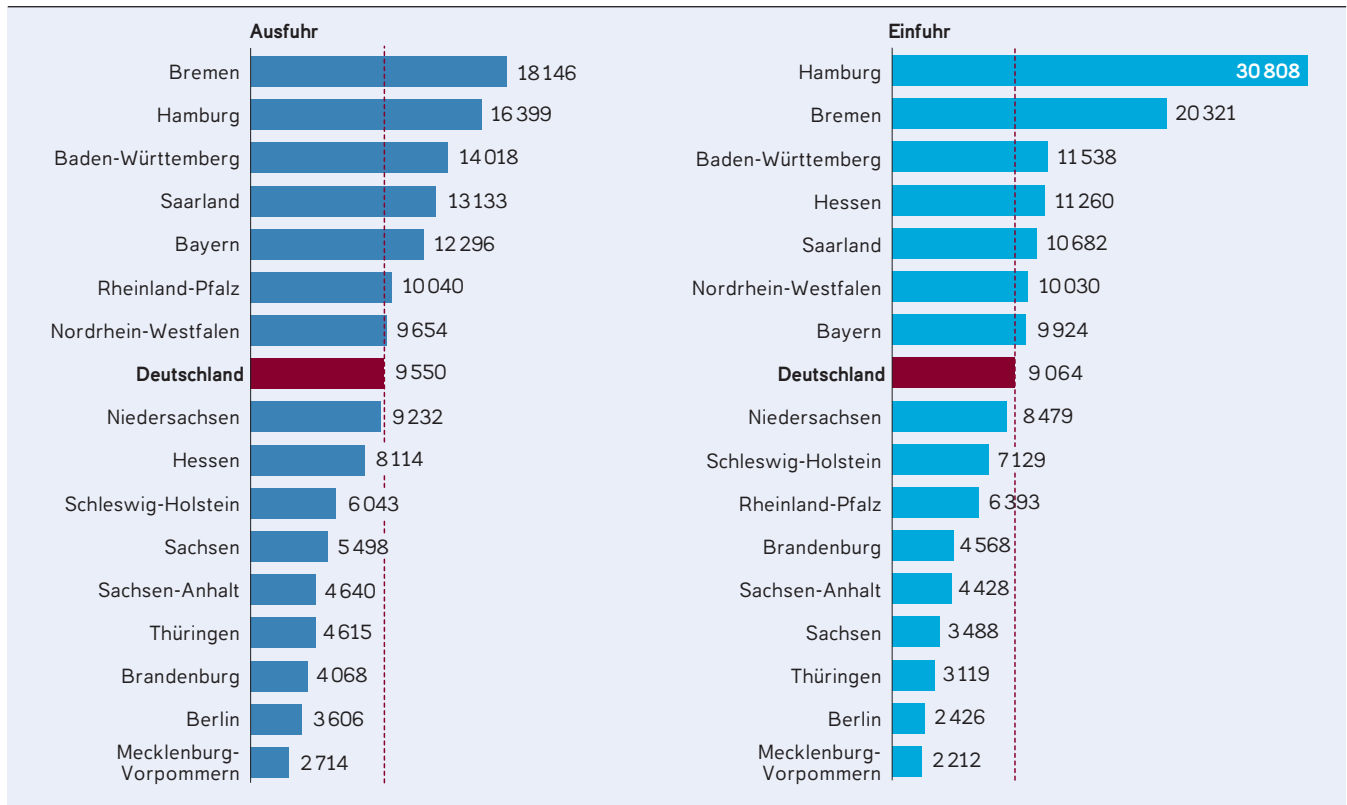
Einfuhrseitig kamen im Jahr 2007 Waren im Wert von 772 Mrd. Euro nach Deutschland. Wichtigste Importgüter waren chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von 11,7 % an den deutschen Einfuhren, Kraftwagen und Kraftwagenteile (9,9 %) sowie Metalle und Halbzeug (Rohmaterialformen) aus diesen (8,3 %). Die deutschen Importe stiegen im Jahr 2007

Abb. 4: Die zehn wichtigsten deutschen Exportgüter 2007, in Mrd. EUR



Vorläufige Ergebnisse.

Abb. 5: Pro-Kopf-Außenhandel 2007, in EUR je Einwohner



um 5,2 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Importe von Metallen und Halbzeug aus diesen (+14,7 %) und chemischen Erzeugnissen (+8,0 %) nahmen überdurchschnittlich zu.

Ost-West-Unterschiede auf. So gingen nur 6 % der Gesamtausfuhren aus den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) in das Ausland. Aus dem Westen (ein-

schließlich Berlin) waren es hingegen 75 %. Der Rest sind Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer. Bei den Einfuhren

4.2.5 Außenhandel nach Bundesländern

Die Hälfte des gesamten deutschen Außenhandels wird von den drei Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern bestritten. Im Jahr 2007 stammten 18 % der deutschen Ausfuhren aus Nordrhein-Westfalen und jeweils 16 % aus Bayern und Baden-Württemberg. Eingeführt wurden 23 % aller Waren von Nordrhein-Westfalen und je 16 % von Bayern und Baden-Württemberg.

Der Außenhandel der Bundesländer wies auch im Jahr 2007, 17 Jahre nach der Wiedervereinigung, immer noch große

Tab. 4: Ausfuhren und Einfuhren nach Bundesländern 2007

	Ausfuhren		Einfuhren	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
Nordrhein-Westfalen	174 051	18,0	180 833	23,3
Bayern	153 612	15,9	123 982	16,0
Baden-Württemberg	150 534	15,5	123 907	16,0
Niedersachsen	73 693	7,6	67 685	8,7
Hessen	49 293	5,1	68 410	8,8
Rheinland-Pfalz	40 691	4,2	25 910	3,3
Hamburg	28 767	3,0	54 042	7,0
Sachsen	23 367	2,4	14 821	1,9
Schleswig-Holstein	17 128	1,8	20 206	2,6
Saarland	13 700	1,4	11 143	1,4
Berlin	12 276	1,3	8 257	1,1
Bremen	12 049	1,2	13 493	1,7
Sachsen-Anhalt	11 329	1,2	10 813	1,4
Thüringen	10 667	1,1	7 207	0,9
Brandenburg	10 365	1,1	11 638	1,5
Meckl.-Vorpommern	4 596	0,5	3 747	0,5
Rest	182 864	18,9	30 070	3,9

betrug der Anteil der neuen Länder ebenfalls 6 % und der des früheren Bundesgebiets 90 % an den Gesamteinfuhren. Die Differenz zu 100 % umfasst für das Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer. → **Tab. 4**

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Analyse des Pro-Kopf-Außenhandels der Bundesländer. So lagen 2007 die Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit ihren großen Häfen beim Pro-Kopf-Außenhandel zwischen 71 % und 240 % über dem Bundesdurchschnitt. Die ostdeutschen Bundesländer hatten hingegen einen sehr unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Außenhandel, der zwischen 24 % und 58 % des Bundesdurchschnitts lag.

→ **Abb. 5**

Die ostdeutschen Länder Sachsen-Anhalt (+145,5 %), Brandenburg (+123,7 %), Thüringen (+111,3 %) und Sachsen (+76,9 %) haben bei den Exporten zwischen 2001 und 2007 deutlich zugelegt, verglichen mit den Gesamtausfuhren Deutschlands (+51,8 %). Aber auch einige westdeutsche Länder hatten hohe Wachstumsraten, z. B. Rheinland-Pfalz (+58,7 %), Bayern (+56,3 %) und Schleswig-Holstein (+53,8 %). Das geringste Exportwachstum im Vergleich zu den Gesamtausfuhren hatten die Stadtstaaten Bremen (+18,0 %) und Hamburg (+21,0 %).

Im Vergleich zu den Gesamteinfuhren Deutschlands (+42,1 %) nahmen die Importe besonders stark in den Ländern Sachsen-Anhalt (+140,9 %), Brandenburg (+95,1 %), Sachsen (+84,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+82,7 %) zu. Am schwächsten entwickelten sich die Importe in den Ländern Berlin (+24,8 %), Bremen (+25,1 %) und Hessen (+27,3 %).

4.2.6 Export-Performance – Weltmarktanteile

Die deutschen Exporte in die 25 bedeutendsten Partnerländer bei der Ausfuhr haben sich seit 1995 mehr als verdoppelt. Diese beeindruckende Entwicklung gibt jedoch keine Auskunft darüber, wie sich in den Partnerländern der Anteil der Importe aus Deutschland an deren Gesamtimporten entwickelt hat – also ob der »Marktanteil« der deutschen Waren gestiegen oder gesunken ist. Hierzu gibt ein anderer Indikator Auskunft, die so genannte Export-Performance. Wachsen die deutschen Exporte schneller als die Gesamtimporte der Partnerländer, so steigt der deutsche Export-Performance-Index. Wachsen die deutschen Exporte langsamer als die Gesamtimporte der Partnerländer, so sinkt der Export-Performance-Index. Der deutsche Export-Performance-Index ist im Jahresvergleich 2005 zu 2006 gleich geblieben. Dies bedeutet, dass die deutschen Exporte in diesem Zeitraum genauso schnell gewachsen sind wie die Gesamtimporte der Partnerländer.

Der Export-Performance-Index des Statistischen Bundesamtes basiert auf der Entwicklung der Exporte in die 25 wichtigsten der über 200 Partnerländer. Der Anteil der Exporte in diese Länder an den deutschen Gesamtexporten betrug im Jahr 2006 etwa 85 %.

Dem Rückgang der Export-Performance im Jahr 2005 ging eine Wachstumsphase voraus. Der Index stieg von 92 Punkten im Jahr 2000 auf 105 Punkte im Jahr 2004 an. Dieser Trend wurde im Jahr 2005 unterbrochen. Dies hing unter anderem mit den stark gestiegenen Rohölpreisen zusammen. Die Nachfrage nach Rohöl ist wenig preiselastisch. Ein Preis-

anstieg dieses Rohstoffs führt deshalb zu einer wertmäßigen Anteilszunahme an den Gesamtimporten der Partnerländer und damit zu Lasten anderer Importgüter. Da Deutschland kein Erdölexporteur ist, führt eine solche Verschiebung zwangsläufig zu einem Rückgang der deutschen Export-Performance. → **Tab. 5**

Neben den Erdölpreisen gibt es weitere Faktoren, die die Export-Performance beeinflussen. So war in den letzten Jahren zu beobachten, dass immer mehr Länder intensiv am Welthandel teilnehmen. Dadurch verschieben sich die Exportanteile auf dem Weltmarkt zuungunsten Deutschlands, dessen Marktanteil trotz steigendem Außenhandelsvolumen abnimmt. Darüber hinaus hat der Wechselkurs Einfluss auf die Export-Performance. Steigt der Euro, so sinken die Wachstumsraten der in Euro umgerechneten Importe unserer Partnerländer außerhalb der Euro-Zone und die Export-Performance steigt.

4.2.7 Unternehmen im Handel mit anderen EU-Staaten

Im Laufe des Jahres 2006 haben fast 530 000 Unternehmen Waren aus anderen EU-Mitgliedstaaten bezogen beziehungsweise in andere EU-Mitgliedstaaten geliefert. Damit ist die Zahl der im innergemeinschaftlichen Handel tätigen Unternehmen um knapp 20 000 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Mehr als 430 000 Unternehmen führten Waren aus anderen EU-Mitgliedstaaten ein, während etwa 230 000 Unternehmen als Exporteure tätig waren.

Der EU-Handel wird weiterhin von den großen Unternehmen dominiert. So er-

Tab. 5: Entwicklung des deutschen Export-Performance-Index (2005=100)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Export-Performance-Index	110	106	103	110	104	92	98	101	106	105	100	100
Index der deutschen Exporte	48	51	57	62	65	77	81	83	85	94	100	113

Tab. 6: Struktur der Unternehmen mit Umsätzen im innergemeinschaftlichen Handel 2006

Unternehmen mit Umsätzen von ... von ... bis ... im innergemeinschaftl. Handel	Importunternehmen		Exportunternehmen	
	Unternehmen	Umsätze im innergemeinschaftl. Handel	Unternehmen	Umsätze im innergemeinschaftl. Handel
	Anzahl	in Mrd. EUR	Anzahl	in Mrd. EUR
unter 100 000	353 276	5,4	153 593	3,2
100 000 bis 1 Mill.	56 116	20,9	47 283	18,4
1 Mill. bis 10 Mill.	19 088	66,7	19 791	70,2
10 Mill. bis 100 Mill.	4 192	127,8	4 856	148,5
über 100 Mill.	533	243,8	617	325,2
Insgesamt	433 205	464,6	226 140	565,5

zielten die 42 Unternehmen, die im Jahr 2006 Waren für mehr als eine Milliarde Euro exportierten, über 30 % der Umsätze in der Versendung. Bei den Wareneingängen aus anderen EU-Mitgliedstaaten erreichten 35 Unternehmen einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Euro und einen Anteil von knapp 22 % an den Gesamteinfuhren aus den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Mehr als 350 000 Unternehmen und damit fast 82 % aller EU-Waren beziehenden Unternehmen in Deutschland hatten Eingänge von weniger als 100 000 Euro. Der wertmäßige Anteil dieser Unternehmen an den gesamten deutschen EU-Einfuhren lag jedoch nur bei 1,2 %. Bei den Versendungen hatten über 200 000 Unternehmen einen Umsatz von weniger als einer Million Euro. Damit erreichten in der Versendung knapp 90 % aller Unternehmen einen wertmäßigen Anteil von unter 4 %. → **Tab. 6**

4.2.8 Direktinvestitionen

Statistiken über Direktinvestitionen werden in Deutschland nicht vom Statistischen Bundesamt, sondern von der Deutschen Bundesbank erhoben. Die Statistik zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen gibt Auskunft über die Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen von Inländern an Unternehmen im Ausland (deutsche Direktinvestitionen im Ausland) bzw. von Ausländern an Unternehmen in Deutschland (ausländische Direktinvestitionen in Deutschland) zu einem festen Zeitpunkt. Auch bei den Direktinvestitionen nahmen die internationalen Verflechtungen zu. Sowohl bei den deutschen Direktinvestitionen, als auch bei den Investitionen von Ausländern in Deutschland, ist ein zunehmender Trend zu beobachten. Allerdings waren die deutschen Direktinvestitionen im Ausland doppelt so hoch wie die Investitionen der Ausländer in Deutschland. → **Tab. 7**

Tab. 7: Deutsche und ausländische Direktinvestitionen

	2003	2004	2005
	in Mill. EUR		
Unmittelbare und mittelbare deutschen Direktinvestitionen	657 763	679 205	784 675
Unmittelbare und mittelbare ausländischen Direktinvestitionen	312 375	375 959	389 523

Quelle: Deutsche Bundesbank.

4.2.9 Zusammenfassung

Die deutsche Wirtschaft ist stark von ihren Außenhandelsbeziehungen abhängig. Der Anteil der Warenausfuhr am Bruttoinlandsprodukt betrug 2007 40 %, der der Einfuhr 32 %.

Mit 969 Mrd. erzielte Deutschland 2007 wiederum einen Rekordexport. Seit 1995 hat der deutsche Außenhandel um 140 % zugenommen.

Der größte Teil des Außenhandels findet in Europa bzw. innerhalb der EU statt. Der wichtigste Handelspartner Deutschlands ist Frankreich, gefolgt von den Vereinigten Staaten.

Die Hälfte des gesamten deutschen Außenhandels wird von den drei Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern bestritten. Obwohl der Außenhandel in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung stark gestiegen ist, erreichten die neuen Länder (ohne Berlin) nur ca. 6 % an der Ein- und Ausfuhr Deutschlands.

Der Außenhandel Deutschlands wird von den großen Unternehmen dominiert. Die wichtigsten Ausfuhrgüter Deutschlands waren Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse. Auf sie konzentrierte sich fast die Hälfte der Ausfuhrwerte.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisänderung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Single-Haushalte sind ebenso berücksichtigt wie Rentnerehepaare oder Großfamilien. Der Verbraucherpreisindex soll ein Gesamtbild der Teuerung in Deutschland darstellen, das heißt alle Regionen, alle Haushaltstypen, alle nachgefragten Waren und Dienstleistungen einbeziehen. Er bildet die Veränderung der Verbraucherpreise umfassend ab: Berücksichtigt werden alle Ausgabegruppen – zum Beispiel Mieten, Nahrungsmittel, Bekleidung, Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie Friseur, Reinigung und Reparaturen.

Der Index dient verschiedenen Zwecken: Als Inflationsmaßstab für die Beurteilung der Geldwertstabilität innerhalb Deutschlands, zur Wertsicherung wiederkehrender Zahlungen in Wertsicherungsklauseln und zur Deflationierung von Wertgrößen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, beispielsweise zur Berechnung des realen Wachstums (siehe Kapitel 4.1). Die Entwicklung der Preise für Konsumgüter macht sich in jedem Geldbeutel bemerkbar und ist damit für alle Verbraucherinnen und Verbraucher von Bedeutung. Medien und Öffentlichkeit sprechen statt vom Verbraucherpreisindex häufiger von der Inflations- oder Teuerungsrate, welche

die Veränderung des Verbraucherpreisindex innerhalb eines Jahres ausdrückt.

4.3.1 Wie wird die Teuerungsrate berechnet?

Will man die Teuerung messen, so müssen drei zentrale Fragen beantwortet werden:

1. Welche Produkte sind für die Konsumwelt in Deutschland relevant?

Die Gesamtheit der Waren und Dienstleistungen, für die Preise erhoben werden, wird Warenkorb genannt. Die Auswahl dieser konkreten Güter erfolgt in Form von repräsentativen Stichproben. In der Regel werden zunächst repräsentative Städte, dort dann repräsentative Geschäfte und darin die am häufigsten verkauften Produktvarianten ausgewählt. Der Warenkorb enthält diejenigen Produktvarianten, die für die Konsumwelt relevant sind. Er wird laufend aktualisiert, damit immer diejenigen Produkte in die Preisbeobachtung eingehen, welche von den Konsumenten aktuell häufig gekauft werden. So wurden etwa DVD-Player, MP3-Player oder Espresso-Maschinen in den Warenkorb aufgenommen, sobald sie zu den gängigen Produktvarianten gehörten. Der Warenkorb wird somit laufend aktualisiert, unabhängig von den Zeitpunkten der turnusmäßigen Überarbeitung des Wägungsschemas.

2. Wie entwickeln sich die Preise für diese Produkte?

Für die Messung der Preisentwicklung notieren rund 600 Preiserheber und -erheberinnen in 188 Gemeinden Monat für Monat die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güterarten eine zentrale Preiserhebung im Internet. Insgesamt werden so monatlich rund über 300 000 Einzelpreise erfasst. Ein einmal für die Preisbeobachtung ausgewählter Artikel wird dann gegen einen anderen ausgetauscht, wenn er nicht mehr oder nur noch wenig verkauft wird. Beim Preisvergleich werden auch Mengenänderungen einbezogen. Verringert beispielsweise ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, so wird dies in der Preisstatistik als Preiserhöhung verbucht. Weiterhin werden auch Qualitätsänderungen berücksichtigt – zum Beispiel bei Gütern mit technischem Fortschritt.

3. Wie werden die Preisentwicklungen in der gesamten Teuerungsrate gewichtet?


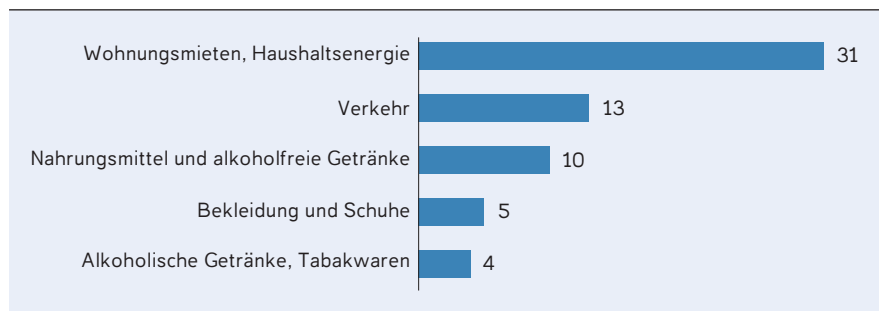
Die ausgewählten Produkte werden in derzeit etwa 700 Güterarten eingeteilt. Für die Berechnung der gesamten Teuerungsrate werden die Preisentwicklungen dieser Güterarten mit dem Ausgabenanteil gewichtet, welche die privaten Haushalte im Durchschnitt für diese Güterarten ausgeben. Diese Gewichtungsinformationen sind im Wägungsschema enthalten. Beispielsweise verwenden die privaten Haushalte im Durchschnitt etwa 10 % ihrer Verbrauchsausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken – entsprechend stark gehen die Preisänderungen in diesem Bereich in den Gesamtindex ein. Das Wägungsschema wird in fünfjährigem Abstand einer turnusmäßigen Überarbeitung unterzogen. → [Abb. 1](#) 

Abb. 1: Wägungsschema 2005, ausgewählte Währungsanteile in %



4.3.2 Entwicklung der Verbraucherpreise

Im Jahr 2007 stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland durchschnittlich um 2,3 %. Dies war die höchste Inflationsrate seit 1994. 2006 hatte die Teuerungsrate bei 1,6 % gelegen. Für die Beschleunigung der Preisentwicklung 2007 waren – neben der Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer zu Beginn des Jahres – vor allem die Energiepreise verantwortlich. Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verteuerten sich 2007 um genau 4 %. Bereits in den beiden Vorjahren waren erhebliche Preiserehöhungen für Energieprodukte zu verzeichnen gewesen (2006: +8,5 % und 2005: +9,8 %). Unter den Energiepreisen stiegen die Preise für Strom 2007 gegenüber dem Vorjahr am stärksten (+ 6,9 %). Mineralölprodukte verteuerten sich 2007 gegenüber 2006 im Schnitt um 2,9 % (darunter Kraftstoffe: +4,1 %). Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die jahresdurchschnittliche Teuerung 2,2 % betragen. → **Abb. 2**

Der deutliche Anstieg der Jahresteuerrate 2007 über die Zwei-Prozent-Marke war weiterhin durch sukzessive Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln (3,9 % Jahresdurchschnitt 2007) in der zweiten Jahreshälfte geprägt. Besonders deutlich verteuerten sich Milch-, Mehl- und Fettprodukte (etwa Butter 20,0 %). Zusätzlich wirkten sich bereits seit April 2007 Preisanstiege im Bildungssektor aus, vor allem wegen der Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern. Auch die Preise für alkoholische Getränke und Tabakwaren (3,3 %) entwickelten sich im Jahr 2007 überdurchschnittlich; bei anderen Güterarten wurden dagegen nur schwach steigende oder gar sinkende Preise beobachtet, beispielsweise bei Bekleidung (1,3 %), langlebigen Gebrauchsgütern (-0,1 %) und bei der Nachrichtenübermittlung (-1,1 %). → **Abb. 3**

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Januar 2007 von 16 % auf 19 % wirkte sich

Wägungsschema

Basis für die Berechnung des Wägungsschemas ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre bei etwa 60 000 Haushalten durchgeführt wird. Die EVS umfasst alle Ausgaben der privaten Haushalte lückenlos, so dass ihre Ergebnisse für die Ableitung der groben Gewichte für die Verbraucherpreisstatistik gut geeignet sind. Nicht die amtliche Statistik bestimmt also das Gewicht, mit dem die Preisänderungen von Mieten, Lebensmitteln und Computern usw. in die Berechnungen des Verbraucherpreisindex eingehen, sondern die Bürgerinnen und Bürger in Deutsch-

land. Um die durch die EVS ermittelten groben Vergleichsstrukturen weiter untergliedern zu können, wird die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) als wichtigste Quelle herangezogen. Seit dem Erhebungsjahr 2005 werden für die LWR 8 000 Haushalte befragt. Jeweils 2 000 Haushalte führen drei Monate hintereinander ein Haushaltsbuch, in dem sie genau ihre Einnahmen und Ausgaben notieren. Die Ergebnisse der Haushaltsbefragungen EVS und LWR werden anschließend anhand zusätzlicher Informationen – etwa bestimmter Verbrauchssteuerstatistiken – geprüft und an die Konzepte des Verbraucherpreisindex angepasst.



ebenfalls auf die Jahresteuerrate 2007 aus, auch wenn sich der tatsächliche Einfluss nicht präzise bemessen lässt. Vom vollen Mehrwertsteuersatz sind viele, aber nicht alle Waren und Dienstleistungen des

privaten Verbrauchs belastet. Rein rechnerisch hätte die vollständige Weitergabe dieser Steuererhöhung an die Verbraucher im Januar 2007 die Teuerungsrate um etwa 1,4 Prozentpunkte erhöht.

Abb. 2: Verbraucherpreisindex seit 1994
Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %

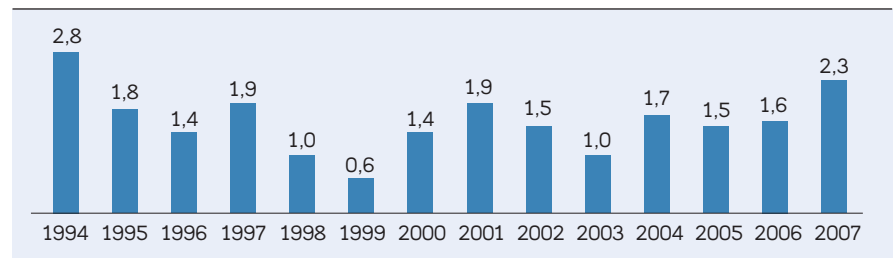
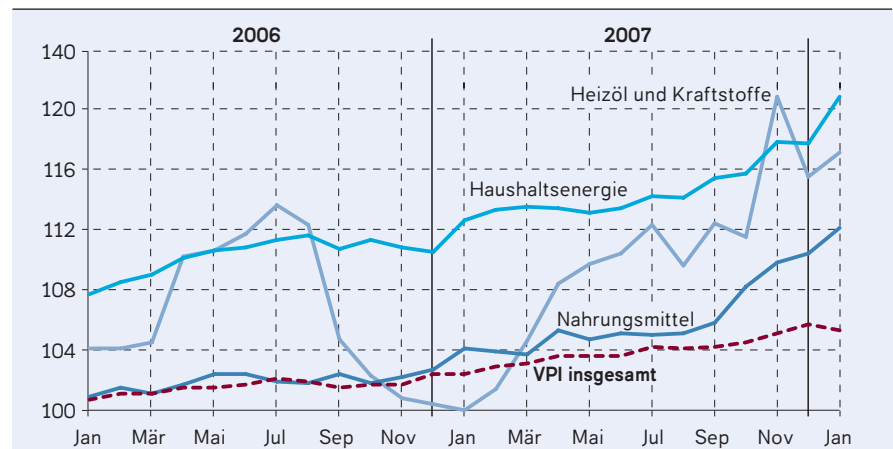


Abb. 3: Preisentwicklung 2006 und 2007, (2005=100)



VPI = Verbraucherpreisindex.

Die Finanzstatistiken liefern mit ihren umfangreichen Daten ein umfassendes und detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Diese umfassen die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die Sozialversicherung. Zahlreiche öffentliche Aufgaben wurden in den vergangenen Jahren aus den öffentlichen Haushalten ausgegliedert und auf öffentliche Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem, meist kaufmännischem Rechnungswesen übertragen. Schwerpunkt bei den Ausgliederungen war zunächst vor allem die kommunale Ebene, z. B. die Bereiche Abwasser- und Abfallbeseitigung; inzwischen spielen sie jedoch auch auf Bundes- und Landesebene eine Rolle. Aus diesem Grund muss die Betrachtung der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst auch die Finanzen und das Personal der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen berücksichtigen.

Im Folgenden werden die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen als »Öffentliche Unternehmen« bezeichnet. Der Fokus richtet sich zunächst auf die Finanzen der öffentlichen Haushalte, die in einem eigenen Abschnitt über die Finanzen der öffentlichen Unternehmen ergänzt werden.



4.4.1 Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Die große Bedeutung der öffentlichen Finanzen lässt sich u. a. am hohen Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte am Bruttoinlandsprodukt von mehr als 43 % im Jahr 2006 erkennen. Eine besondere Stellung kommt der öffentlichen Haushaltswirtschaft auch in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu. Die Einhaltung der jährlichen Grenzwerte für das Staatsdefizit (3 %) und den

Stand der öffentlichen Schulden (60 %), jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt, sind wichtige Zielgrößen des europäischen Stabilitätspakts. Sie werden nach den international vergleichbaren Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf der Basis finanzstatistischer Daten berechnet.

Die Finanzierung der vielfältigen öffentlichen Aufgaben, die Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung zu erfüllen haben, schlagen sich in den Ausgaben der öffentlichen Haushalte nieder. Zu deren Finanzierung benötigen die öffentlichen Haushalte Einnahmen, die ihnen überwiegend aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, aber auch aus anderen Quellen zufließen. In der Vergangenheit ergab sich überwiegend ein Finanzierungsdefizit, das die öffentlichen Haushalte u. a. durch Fremdmittel (Verschuldung am Kreditmarkt) gedeckt haben. Die Belastung der öffentlichen Haushalte



Das System der Finanz- und Personalstatistiken

Zum System der Finanzstatistiken gehören die Jahresrechnungsstatistik, die vierteljährliche Kassenstatistik, die jährliche Schuldenstatistik, die Finanzvermögensstatistik, die Jahresabschlussstatistik und die vierteljährliche Erhebung der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU).

- Die Jahresrechnungsstatistik weist die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach Arten (Personalausgaben, Bauausgaben, Steuern und ähnliche) und nach Aufgabenbereichen (Soziale Sicherung, Bildung, Gesundheit, Wirtschaftsförderung und ähnliche) nach.
- Die vierteljährliche Kassenstatistik ist die aktuellste Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen. Im Unterschied

zur Jahresrechnungsstatistik zeigt sie die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte nur in der Gliederung nach Arten. Nur die Bauausgaben werden nach Aufgabenbereichen gegliedert. Ebenfalls nicht erfasst werden die Zweckverbände. Darüber hinaus weist die vierteljährliche Kassenstatistik auch den Schuldenstand am Ende eines Vierteljahres nach.

- Die jährliche Schuldenstatistik liefert ein abschließendes Ergebnis des Schuldenstandes in tiefer Gliederung nach Schuldarten und Laufzeiten der Kredite.
- Der Erhebung der Passiva steht die Erhebung der Finanzaktiva im Rahmen der Finanzvermögensstatistik gegenüber.
- Parallel zur Kassenstatistik werden die Vierteljahresdaten der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die zum Staatssektor zählen, erhoben.

➤ In der Jahresabschlussstatistik erfolgt die umfangreichere Erhebung der Bilanzdaten aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen einschließlich der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anlagennachweises.

Zu den Personalstatistiken gehören

- die Personalstandstatistik,
- die Versorgungsempfängerstatistik und
- die Sonderversorgungsempfängerstatistik.

Die Personalstandstatistik und die Versorgungsempfängerstatistik bilden aufgrund ihrer Struktur der Personalvergütungen und der Versorgungsleistungen die Brücke zu den Finanzstatistiken.

künftiger Jahre aus den aufgenommenen Fremdmitteln schlägt sich im öffentlichen Schuldenstand nieder, der Ende des Jahres 2006 einen Stand von 1,48 Billionen Euro erreichte. **i**

Die öffentlichen Haushalte gaben im Jahr 2006 für die Erfüllung ihrer Aufgaben 1 003,1 Mrd. Euro aus (bereinigt um Zahlungen der öffentlichen Haushalte untereinander). Pro Einwohner der Bundesrepublik Deutschland (Stand zum 30. Juni 2006) waren das Ausgaben in Höhe von 12 178 Euro. Demgegenüber standen Einnahmen von 11 993 Euro je Einwohner. Insgesamt beliefen sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte – ohne Kredite – im Jahr 2006 auf 987,9 Mrd. Euro.

Seit den 1950er Jahren übertrafen die Ausgaben größtenteils die Einnahmen, so dass die öffentlichen Haushalte mit Ausnahme von wenigen Jahren Finanzierungsdefizite verzeichneten. Für das Jahr 1992 wiesen die öffentlichen Haushalte ein Finanzierungsdefizit von insgesamt 62,6 Mrd. Euro aus, das bis 1993 weiter auf 68,2 Mrd. Euro anstieg und danach bis Ende der 1990er Jahre auf knapp 22 Mrd. Euro sank. Der Finanzierungsüberschuss von 18,6 Mrd. Euro im Jahr 2000 stellt einen Sonderfall dar, da der Bund einmalige Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro erzielte. In den Folgejahren stiegen die Finanzierungsdefizite wieder an. Den höchsten Wert erreichten sie mit 74 Mrd. Euro im Jahr 2003. Durch deutlich höhere Steuereinnahmen und steuerähnliche Abgaben sank das Finanzierungsdefizit im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr erheblich, und zwar insgesamt um 41,8 Mrd. Euro auf 15,3 Mrd. Euro. → **Abb. 1, 2**

Das Ausgabenvolumen der öffentlichen Haushalte wird häufig in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt und dient als ein Maß für den Anteil der wirtschaftlichen Leistung des Staates an der von der Gesamtwirtschaft erbrachten Leistung. Die so genannte Staatsquote, auch Staats-

Die öffentlichen Haushalte



Die rund 17 200 öffentlichen Haushalte im Jahr 2006 umfassen den Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile), die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung.

Die öffentlichen Haushalte sind in den verschiedenen Erhebungen über die Finanzen der öffentlichen Haushalte unterschiedlich abgegrenzt. Sie variieren zudem im Zeitablauf. Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten beeinträchtigen ebenfalls die Vergleichbarkeit. Die Daten entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des jeweiligen Berichtsjahrs.

Besondere Hinweise:

Zu den Sondervermögen des Bundes gehören Lastenausgleichsfonds (aufgelöst zum 1. Januar 2005), ERP-Sondervermögen (seit 1953), Ausgleichsfonds »Steinkohle« (1990 bis 2000), Fonds »Deutsche Einheit« (1990 bis 2004), seit 1994 Bundeseisenbahnvermögen, seit 1995 Entschädigungsfonds und Erblastentilgungsfonds, seit 1999 Versorgungsrücklage des Bundes sowie seit 2003 Fonds »Aufbauhilfe«.

Bis einschließlich 1997 gehörten Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen zu den öffentlichen Haushalten. Seit 1998 werden sie in Anpassung an die neue Abgrenzung des Staatssektors nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nicht mehr den öffentlichen Haushalten zugeordnet.

Abb. 1: Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, in Mrd. EUR

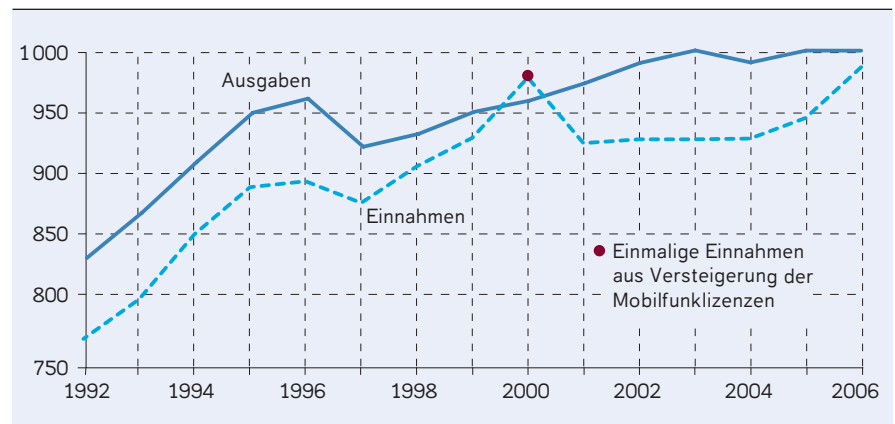
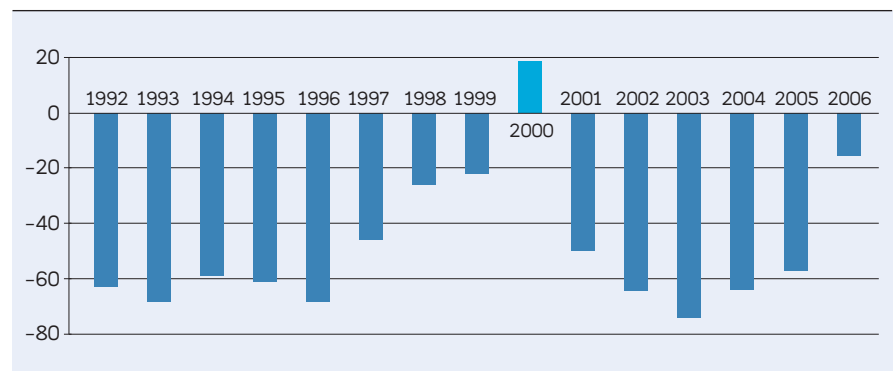


Abb. 2: Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte, in Mrd. EUR



In finanzstatistischer Abgrenzung.



Berechnung des Finanzierungssaldos in der Finanzstatistik und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Der Finanzierungssaldo wird sowohl in der Finanzstatistik als auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet, allerdings unterschiedlich abgegrenzt. Dies führt dazu, dass die Finanzierungssalden in diesen beiden Statistikbereichen unterschiedlich ausfallen. Die Abweichungen sind einerseits dadurch begründet, dass bestimmte Transaktionen in den beiden Rechensystemen unterschiedlich berücksichtigt werden. Andererseits gibt es Unterschiede im Erfassungszeitpunkt von Einnahmen und Ausgaben.

Die *Finanzstatistik* stellt die Ist-Einnahmen und die Ist-Ausgaben der Haushalte der Gebietskörperschaften, der EU-Anteile und der Sozialversicherung nach ihrer *Kassenwirksamkeit* dar. Einbezogen werden in die Einnahmen und die Ausgaben auch der Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen sowie Darlehensvergaben im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird berechnet, indem

die statistisch erfassten öffentlichen Einnahmen von den Ausgaben unter Berücksichtigung der haushaltstechnischen Verrechnungen abgezogen werden. Er gibt somit im Wesentlichen an, wie hoch die Deckungslücke in den öffentlichen Haushalten ist, die durch Schuldenaufnahme am Kreditmarkt geschlossen werden muss.

Im Rahmen der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* werden die Einnahmen und die Ausgaben des Staates entsprechend den Regeln des »Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995)« nach dem Entstehungszeitpunkt der Periode zugerechnet, in der ein wirtschaftlicher Wert geschaffen, umgewandelt oder aufgelöst wird bzw., in der Forderungen oder Verbindlichkeiten entstehen, umgewandelt oder aufgehoben werden. Die periodengerechte Zuordnung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen führt zu Abweichungen in den Finanzierungssalden beider Rechensysteme.

Der *Finanzierungssaldo* des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist Grundlage für die jährliche Meldung zum Staatsdefizit im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts.

ausgabenquote genannt, betrug in finanzstatistischer Abgrenzung 2006 43,2 %. Sie hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verringert. → **Tab. 1**

Betrachtet man die Ausgaben der öffentlichen Haushalte im Jahr 2006 nach Ebenen, entfiel der größte Ausgabenblock mit 467 Mrd. Euro auf die Sozialversicherung. Die Sozialversicherung umfasst die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit. Der zweitgrößte Ausgabenanteil entfiel auf den Haushalt des Bundes in Höhe von 282,8 Mrd. Euro. Die Sondervermögen, einschließlich der Finanzanteile an der EU, kamen auf 34,6 Mrd. Euro. 258,7 Mrd. Euro der öffentlichen Ausgaben wurden von den 16 Bundesländern und 159 Mrd. Euro von der kommunalen Ebene getätigt. Im Zeitraum seit 1992 sind die Ausgaben der So-

zialversicherung um 45 % angestiegen. Wesentliche Gründe hierfür sind die deutsche Vereinigung (1991) und die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr

Tab. 1: Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

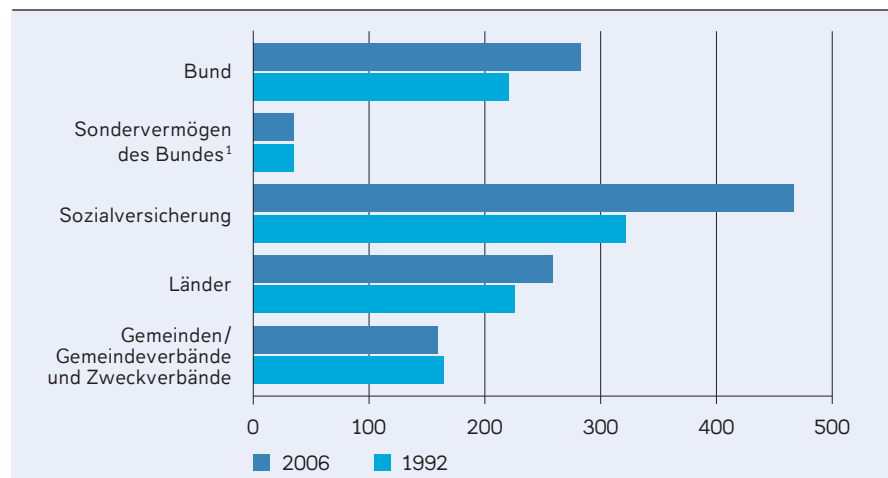
	Staatsquote
1992	50,3
1995	51,4
2000	46,6
2001	46,2
2002	46,3
2003	46,4
2004	44,9
2005	44,7
2006	43,2

In finanzstatistischer Abgrenzung.

1995. Die Relation der öffentlichen Ausgaben der Haushaltsebenen untereinander ist jedoch weitgehend stabil geblieben. → **Abb. 3**

Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung, sind sehr personalintensiv. Hohe Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern auch entsprechendes Fachpersonal. Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen daher besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern, denen in großem Umfang die Durchführung bzw. die Finanzierung personalintensiver öf-

Abb. 3: Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Körperschaftsgruppen, in Mrd. EUR



¹ Einschl. EU-Anteile.

fentlicher Aufgaben obliegt, erreichten sie 2006 einen Anteil von 37 % des Ausgabevolumens. Im kommunalen Bereich betrug der Anteil der Personalausgaben 26 %. Mit etwas mehr als 9 % war der Anteil beim Bund am niedrigsten. Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 2006 einen Betrag von 183,3 Mrd. Euro für das Personal (einschl. Pensionen und Ähnlichem) auf. Das waren etwas mehr als 18 % ihres Ausgabenvolumens. 1997 lag die Personalausgabenquote der öffentlichen Haushalte noch einen Prozentpunkt höher.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 2006 in Deutschland öffentliche Ausgaben in Höhe von 33,7 Mrd. Euro getätigt. Rund 57 % hiervon entfielen auf den kommunalen Bereich. Die Zinsausgaben erreichten 2006 ein Volumen von 65 Mrd. – davon gingen 58 % zu Lasten des Bundes.

Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte waren der laufende Sachaufwand mit etwa 231 Mrd. Euro im Jahr 2006 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel; auch sämtliche militärischen Anschaffungen waren hierin enthalten) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 451,3 Mrd. Euro.

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Höhe von 1002,2 Mrd. Euro im Jahr 2005 teilten sich auf die Aufgabenbereiche wie folgt auf: Der weitaus größte Ausgabenblock entfiel auf die soziale Sicherung, die u. a. die Familien-, Sozial- und Jugendhilfe, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialversicherung einschließt. Im Jahre 2005 beanspruchten die Ausgaben hierfür einen Anteil von 57 % am gesamten Ausgabenvolumen der öffentlichen Haushalte. Weitere 11 % entfielen auf

Darstellung der Ausgaben nach Ebenen und Aufgabenbereichen

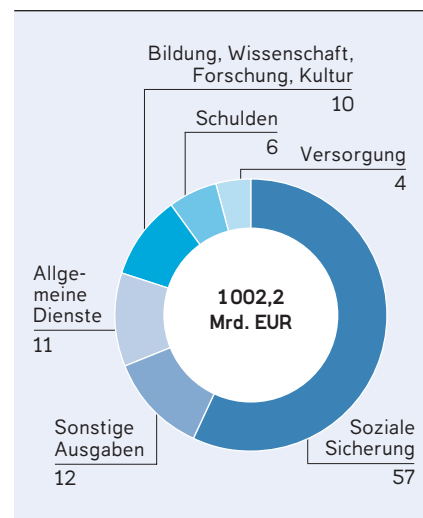


Bei der Darstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen wurden die Ergebnisse der jährlichen Rechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte verwendet. Die Ergebnisse werden nach den Rechnungsabschlüssen erstellt und schließen die kommunalen Zweckverbände in den Berichtskreis ein. Aktueller, jedoch nicht so detailliert sind die Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik. Sie basieren auf vierteljährlichen Kassenabschlüssen. Sie wurden für die Darstellung nach Ebenen sowie für die öffentlichen Finanzen im Jahr 2006 verwendet.

Ausgaben für die so genannten allgemeinen Dienste wie für Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung und Rechtsschutz, politische Führung usw. Den drittgrößten Anteil am Budget beanspruchten mit rund 10 % Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, gefolgt von den Ausgaben für den Schuldendienst mit 6 %. [i¹](#) → [Abb. 4](#)

Die Aufmerksamkeit der deutschen Politik und Öffentlichkeit richtete sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Im Mai 2005 wurde vom EU-Ministerrat ein

Abb. 4: Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Aufgabenbereichen 2005, in %



ODA-Stufenplan verabschiedet, in dessen Rahmen sich Deutschland verpflichtet, den Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % zu erhöhen. Für das Berichtsjahr 2006 ergab sich – wie auch schon für das Vorjahr – eine ODA-Quote von 0,36 %. In absoluten Zahlen ausgedrückt entspricht dies ODA-Leistungen in Höhe von 8,3 Mrd. Euro, wobei sich 5,6 Mrd. Euro auf bilaterale und 2,7 Mrd. Euro auf multilaterale Zusammenarbeit bezogen. [i²](#) → [Tab. 2](#)

Mit 4,3 Mrd. Euro floss mehr als die Hälfte der Mittel (51 %) aus dem Etat des

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA = Official Development Assistance) trägt dazu bei, weltweit Armut zu bekämpfen, Frieden zu sichern, zur Verwirklichung der Demokratie beizutragen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen.

Zur ODA zählen vor allem die Ausgaben für die technische und die finanzielle

Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, für Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe sowie Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Vereinte Nationen, EU, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken) und Schuldenerlasse.

Neben der ODA werden auch noch sonstige öffentliche und private Leistungen an Entwicklungsländer erbracht (z. B. Leistungen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, Direktinvestitionen, Exportkredite).

Tab. 2: Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

	ODA-Leistungen			Anteil am Bruttonationaleinkommen
	insgesamt	bilateral	multilateral	
	in Mill. EUR			in %
1991	5 852	3 886	1 966	0,39
1995	5 515	3 529	1 986	0,31
2000	5 458	2 915	2 543	0,27
2001	5 571	3 186	2 385	0,27
2002	5 650	3 531	2 119	0,27
2003	6 005	3 593	2 411	0,28
2004	6 064	3 077	2 987	0,28
2005	8 112	5 992	2 120	0,36
2006	8 313	5 604	2 709	0,36

Quelle: 1991 bis 2004 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ab 2005 Statistisches Bundesamt.

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Auswärtige Amt finanzierte Leistungen in Höhe von 0,3 Mrd. Euro. Daneben finanzieren auch die Bundesländer Leistungen zur Entwicklungszusammenarbeit. 2006 summierten sie sich auf 764,2 Mill. Euro. Die Leistungen der Bundesländer beinhalten auch die Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern. Sie betragen 717 Mill. Euro. Die Leistungen der Bundesländer ohne Studienplatzkosten beliefen sich auf 47,2 Mill. Euro. Die Höhe der Schuldenerlasse und Umschuldungen betrug 2,4 Mrd. Euro.

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: Die Erhebung von Steuern und steuerähnlichen Abgaben und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 2006 standen den öffentlichen Ausgaben von 1 003,1 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern, steuerähnlichen Abgaben und anderen Einnahmequellen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlösen für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 987,9 Mrd. Euro gegenüber. An Krediten hatten die öffentlichen Haushalte netto 33,3 Mrd. Euro (Saldo der Schuldenaufnahme und der Schuldentilgung) aufgenommen.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte im Jahr 2006 stiegen gegenüber dem

Vorjahr um 4,4 %. Der Grund war ein kräftiges Plus bei den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Die Steuereinnahmen sind die bedeutendste Einnahmenquelle für die öffentlichen Haushalte insgesamt. Im Jahr 2006 flossen 487,5 Mrd. Euro aus Steuereinnahmen (nach der Verteilung der Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage) in die öffentlichen Kassen. Für die einzelnen Haushaltsebenen ist die Bedeutung der Steuereinnahmen jedoch durchaus unterschiedlich. Während der Bund beinahe 89 % seiner Einnahmen aus Steuern erhielt und die Länder sich zu mehr als 72 % aus dieser Einnahmenquelle finanzierten, betrug der Anteil der Steuereinnahmen bei den Kommunen lediglich gut 38 %. Bei ihnen spielen Länderzuweisungen

gen, vor allem Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, eine bedeutendere Rolle. Die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Sozialversicherung, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben zählen, betragen 393,2 Mrd. Euro. Bei den übrigen Haushaltsebenen bestehen die steuerähnlichen Abgaben z. B. aus Spielbankabgaben bei den Ländern. → **Abb. 5**

Laut Definition sind Steuereinnahmen Geldleistungen, die keine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen auferlegt werden. Steuern werden allen auferlegt, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft. Neben der Einnahmeerzielung können Steuern auch einen Lenkungszweck haben. Das System der Steuern ist entsprechend unserer Wirtschaft äußerst vielschichtig. Im Jahr 2006 betragen die Steuereinnahmen insgesamt 526,2 Mrd. Euro und damit 37,1 Mrd. Euro bzw. 8 % mehr als in 2005. Die Steuereinnahmen lassen sich nach der Ertragskompetenz, d. h. der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften, aufgliedern. → **Abb. 6**

Den größten Teil der Steuern machten die Gemeinschaftssteuern aus (366,8 Mrd. Euro). Das sind Steuern, die auf mehrere

Abb. 5: Einnahmen der öffentlichen Haushalte nach Arten 2006, in Mrd. EUR

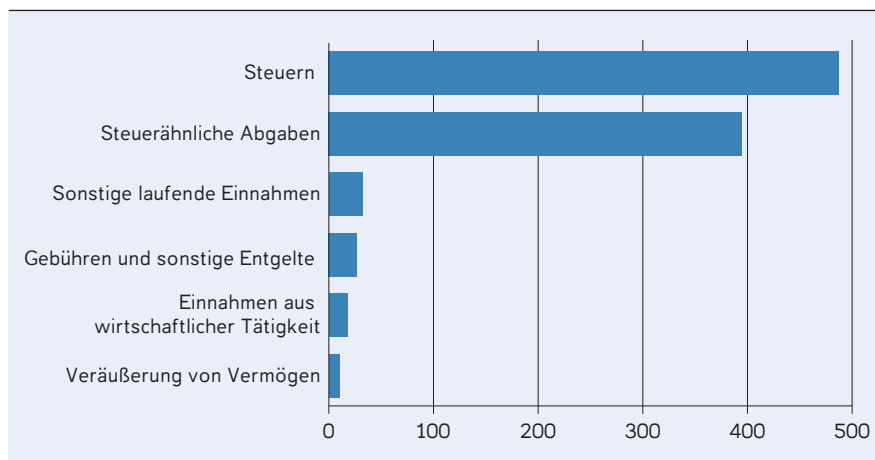
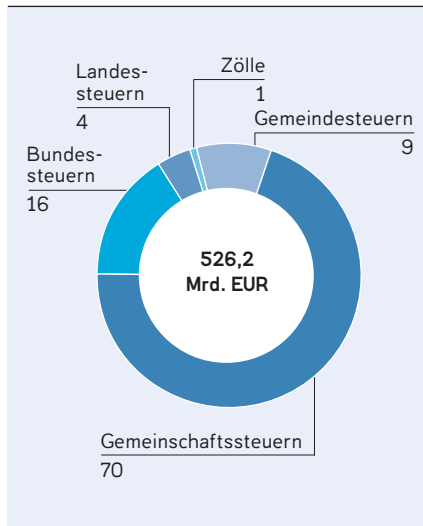


Abb. 6: Steuereinnahmen vor der Verteilung nach Ertragskompetenz, in %



Gebietskörperschaften aufgeteilt werden. Innerhalb der Gemeinschaftssteuern waren die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer mit 175,3 Mrd. Euro und die Umsatzsteuer (einschl. Einfuhrumsatzsteuer) mit 146,7 Mrd. Euro am ertragreichsten. Bei den reinen Bundessteuern (84,2 Mrd. Euro) erbrachte die Mineralölsteuer die höchsten Einnahmen (39,9 Mrd. Euro). Von den Gemeindesteuern (49,6 Mrd. Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 38,4 Mrd. Euro und bei den Landessteuern (21,8 Mrd. Euro) die Kraftfahrzeugsteuer mit 8,9 Mrd. Euro den größten Stellenwert. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer um 7,8 Mrd. Euro (80 %), der Körperschaftsteuer um 6,5 Mrd. Euro (40 %) und der Gewerbesteuer um 6,2 Mrd. Euro (19 %). Die sechs aufkommenstärksten Steuern (Lohn-, Umsatz-, Mineralöl-, Gewerbe-, Einfuhrumsatz- und Körperschaftsteuer) erbrachten somit mehr als drei Viertel aller Steuereinnahmen. Das Aufkommen der einzelnen Steuern variiert im Zeitablauf insbesondere aufgrund von Gesetzesänderungen und der Wirtschaftsentwicklung aber auch aufgrund von Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen erheblich. ➔ **Tab. 3**

Tab. 3: Die ergiebigsten Steuern

	Ertrag steht zu	2004	2005	2006
		in Mill. EUR		
Lohnsteuer ¹	B / L / G	158 281,6	153 628,7	157 727,3
Umsatzsteuer	B / L / G / EU	104 175,4	108 439,8	111 318,2
Mineralölsteuer	B	41 781,7	40 101,0	39 916,0
Gewerbesteuer	G / B / L	28 373,0	32 128,6	38 369,4
Einfuhrumsatzsteuer	B / L / EU	32 650,6	31 272,7	35 370,2
Körperschaftsteuer	B, L	13 123,4	16 337,8	22 898,7
Veranlagte Einkommensteuer	B / L / G	5 394,5	9 765,5	17 566,3
Tabaksteuer	B	13 630,0	14 273,0	14 386,5
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	B / L	12 037,6	12 075,0	14 357,0
Solidaritätszuschlag	B	10 108,4	10 315,3	11 277,2
Grundsteuer B	G	9 591,1	9 896,6	10 045,3
Kraftfahrzeugsteuer	L	7 739,5	8 673,4	8 937,2

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

¹ Vor Abzug von Kindergeld.

² Vor Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

4.4.2 Länderfinanzausgleich

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht einmal dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl – hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen

leisten (horizontaler Finanzausgleich) und zum anderen durch direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich). Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs, der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unterschreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so

Tab. 4: Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen 2006

	Länderfinanzausgleich	Bundesergänzungszuweisungen
	in Mill. EUR	
Baden-Württemberg	(-) 2 047	-
Bayern	(-) 2 085	-
Berlin	(+) 2 701	(+) 2 881
Brandenburg	(+) 608	(+) 1 982
Bremen	(+) 416	(+) 196
Hamburg	(-) 618	-
Hessen	(-) 2 411	-
Mecklenburg-Vorpommern	(+) 472	(+) 1 470
Niedersachsen	(+) 241	(+) 119
Nordrhein-Westfalen	(-) 131	-
Rheinland-Pfalz	(+) 344	(+) 223
Saarland	(+) 115	(+) 118
Sachsen	(+) 1 071	(+) 3 486
Sachsen-Anhalt	(+) 588	(+) 2 115
Schleswig-Holstein	(+) 123	(+) 120
Thüringen	(+) 613	(+) 1 962
Ausgleichsvolumen insgesamt	7 292	14 671

Länderfinanzausgleich: ausgleichspflichtig (-), ausgleichsberechtigt (+); Bundesergänzungszuweisungen: Empfänger (+).

ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. Die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs haben sich bedingt durch den starken Anstieg der Steuereinnahmen und damit der Finanzkraftmesszahlen der ausgleichspflichtigen Länder auf 7,3 Mrd. Euro erhöht. → Tab. 4

4.4.3 Schulden und Finanzvermögen der öffentlichen Haushalte

Soweit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ausgaben nicht durch Einnahmen der laufenden Periode oder durch in früheren Jahren gebildete Rücklagen gedeckt werden können, nehmen die öffentlichen Haushalte Schulden am Kreditmarkt auf. Da dies seit 1950 in allen Haushaltsjahren der Fall war, stiegen bis zum Jahresende 2006 die öffentlichen Schulden auf 1 480,6 Mrd. Euro. Davon entfallen 916,6 Mrd. Euro auf den Bund und seine Sondervermögen, 479,5 Mrd. Euro auf die Länder und 84,5 Mrd. Euro auf die Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände. Zu etwa drei Viertel sind die Schulden durch die Begebung von Wertpapieren am Kreditmarkt entstanden. Der Bund beschafft

sich die benötigten Mittel fast ausschließlich auf diesem Weg, in erster Linie durch die Auflage von Anleihen, Obligationen und Schatzanweisungen. Direkte Darlehen bei inländischen Banken und Versicherungen sowie ausländischen Stellen sind dagegen die bei Ländern und Gemeinden und Gemeindeverbänden bevorzugte Verschuldungsform.

Zum Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahr 1950 betrug der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte 9,6 Mrd. Euro. 1970 erreichte er 62,9 Mrd. Euro, 1990 536,2 Mrd. Euro und 2000 1 198,1 Mrd. Euro. Seit 1950 waren in keinem Jahr Schuldenrückgänge zu verzeichnen. Hohe jährliche Schuldenzuwächse waren in den Jahren 1967, 1972, 1975, 1981, 1990 und 1995 zu verzeichnen. Durch die Lasten der deutschen Vereinigung fiel der Anstieg 1995 mit 169,2 Mrd. Euro (20 %) besonders hoch aus. Diese Schulden belasten insbesondere den Bund. → Tab. 5

Durch die zunehmende Verschuldung und die damit verbundenen Zinszahlungen wird der finanzielle Spielraum der öffentlichen Haushalte eingeengt. Die Belastungen durch Zinszahlungen stiegen gemessen an den Steuereinnahmen (Zins-/Steuerquote) von gut 3 % in den 1950er Jahren bis über 16 % in den 1990er Jahren. Beim Bund und seinen Sonderver-

mögen nahm die Belastung viel stärker zu: Von rund 2 % in den 1950er Jahren auf über 20 % in den 1990er Jahren (auch durch Schulden infolge der deutschen Vereinigung). In den Ländern fiel der Anteil von über 6 % Anfang der 1950er Jahre zunächst auf rund 3 %, um 1980 wieder die Ausgangsposition zu erreichen und sich in den Folgejahren bei 10 % zu stabilisieren. Die Zins-/Steuerquote der Gemeinden und Gemeindeverbände startete bei 2 % und wies ab 1965 Werte über 10 % auf. Ihren Höchststand erreichte sie 1982 mit 18 %. Seit 1996 ist die Quote kontinuierlich gesunken, 2006 lag sie bei 8 %. Der Rückgang der Quote dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass die Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern und sie zudem zunehmend auf kurzfristige Kassenkredite ausweichen. Diese beiden Sachverhalte sind in den dargestellten Kreditmarktschulden nicht enthalten. → Abb. 7

Im Rahmen des europäischen Stabilitätspaktes ist der Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt ein wichtiges Kriterium für eine stabile Haushalts- und Finanzpolitik. Ein Anteil von 60 % gilt nach dem Maastricht-Vertrag als oberer Grenzwert, der nicht überschritten werden sollte. Für Deutschland lag der Anteil bis 1996 unter dem Grenzwert, von 1997 bis 2002 meistens leicht darüber. Seit 2003 hat Deutschland dieses Ziel jeweils deutlich verfehlt, Ende 2006 betrug die Schuldenquote: 67,6.

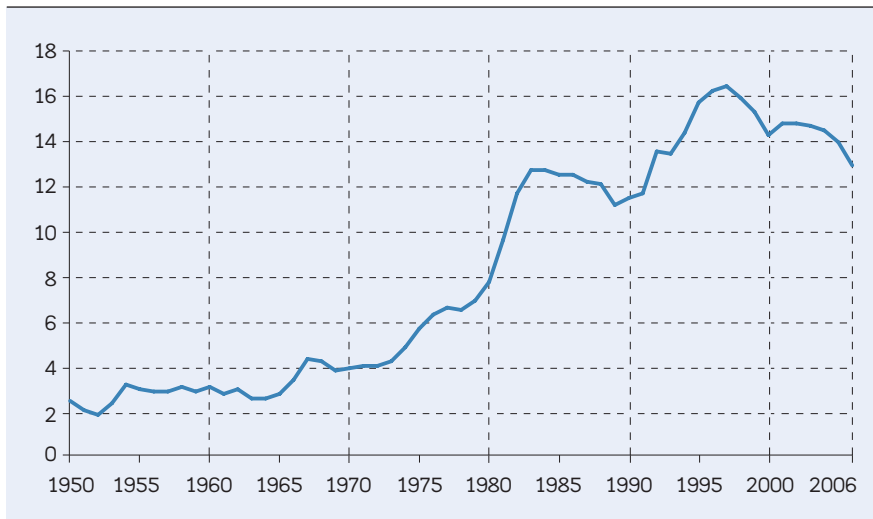
Das Finanzvermögen der öffentlichen Haushalte wird seit 2004 jährlich zum Stichtag 31. Dezember erhoben. Zusammen mit der Schuldenstatistik bildet die Statistik über das Finanzvermögen die Grundlage für die Stabilitätsberichterstattung durch die Deutsche Bundesbank an die Europäische Kommission. Im Jahr 2006 standen den 1 480,6 Mrd. Euro Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte ein Finanzvermögen in Höhe von 353,6 Mrd. Euro gegenüber. Davon entfielen 160 Mrd. Euro auf den Bund

Tab. 5: Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte

Stichtag	in Mill. EUR	Stichtag	in Mill. EUR
31.03.1950	9574	31.12.1996	1069247
31.03.1955	21357	31.12.1997	1119076
31.12.1960	28998	31.12.1998	1153413
31.12.1965	43160	31.12.1999	1183063
31.12.1970	62927	31.12.2000	1198145
31.12.1975	129219	31.12.2001	1203887
31.12.1980	236645	31.12.2002	1253195
31.12.1985	386811	31.12.2003	1325733
31.12.1990	536223	31.12.2004	1394954
31.12.1991	595921	31.12.2005	1447505
31.12.1995	1009323	31.12.2006	1480625

Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen und sonstigen in- und ausländischen Stellen sowie Ausgleichsforderungen). Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland. Von 1950 bis 1991 einschl. Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Abb. 7: Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen (Zins-/Steuerquote) der öffentlichen Haushalte, in %



und seine Sondervermögen, 104,6 Mrd. auf die Länder und ihre Sondervermögen sowie 88,9 Mrd. Euro auf die Gemeinden, Gemeindeverbände, ihre Sondervermögen und kommunalen Zweckverbände. Den größten Anteil am Finanzvermögen stellten die Anteilsrechte (u. a. Aktien, Investmentzertifikate, Beteiligungen) dar; sie beliefen sich auf 125,5 Mrd. Euro. Der Bestand an vergebenen Krediten (Ausleihungen) betrug 83,8 Mrd. Euro, an Bargeld und Einlagen 60,4 Mrd. Euro und an Wertpapieren 9,5 Mrd. Euro. Die sonstigen Forderungen (u. a. an Steuern, Sozialbeiträgen, Gebühren, Zahlungsrückständen) lagen bei 74,4 Mrd. Euro. Angaben zum Sachvermögen der öffentlichen Haushalte lagen keine vor.

4.4.4 Öffentliche Unternehmen

In den 1980er Jahren begann der Staat in größerem Umfang, bestimmte Aufgaben auf Einheiten außerhalb der öffentlichen Haushalte auszulagern. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Streben nach einer effizienteren Aufgabenerfüllung. Zum anderen wurde angesichts des wachsenden Defizits der öffentlichen Haushalte die Forderung nach einem »schlanken Staat«, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt, immer stärker.

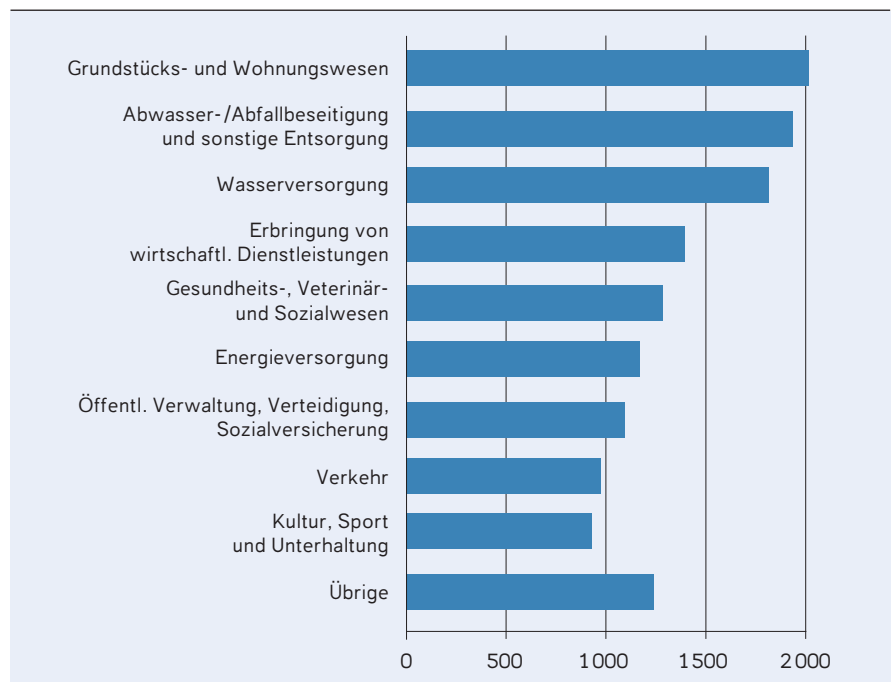
Die auf diese Weise entstehenden Einheiten – die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (im Folgenden auch als »Öffentliche Unternehmen« bezeichnet) – sind dadurch charakterisiert, dass sie sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befinden, das heißt dass Bund, Länder oder Gemeinden unmittelbar oder

mittelbar mehr als die Hälfte der Kapital- oder Stimmrechtsanteile besitzen.

Ende 2005 gab es 13 865 öffentliche Unternehmen, davon 12 432 (90 %) auf kommunaler Ebene. Der Rest verteilte sich auf Beteiligungen der Länder (8 %) und des Bundes (2 %). Die meisten öffentlichen Unternehmen wurden in der Rechtsform der GmbH (60 %) und des Eigenbetriebs (29 %) geführt. Die Schwerpunkte der öffentlichen Unternehmen lagen 2005 in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (15 %), Abwasser-/Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung (14 %), Wasserversorgung (13 %), Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (10 %), Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (9 %) und Energieversorgung (8 %). → Abb. 8

Die Bilanzsumme der öffentlichen Unternehmen lag 2005 bei rund 1,2 Billionen Euro. Die Hälfte davon, 646 Mrd. Euro, waren im Anlagevermögen gebunden. Von den Wirtschaftszweigen, in denen die öffentlichen Unternehmen schwerpunkt-

Abb. 8: Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nach wirtschaftlicher Tätigkeit 2005



Tab. 6: Vermögensstruktur öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2005

	Insgesamt		Entsorgung		Öffentliche Verwaltung ¹		Verkehr		Wasserversorgung	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
Bilanzsumme	1 167 472,7	100	92 657,3	100	59 267,0	100	80 987,9	100	40 671,2	100
Anlagevermögen	645 766,7	55,3	81 254,3	87,7	51 446,0	86,8	69 320,8	85,6	34 239,8	84,2
Umlaufvermögen	504 928,5	43,2	10 912,9	11,8	7 481,2	12,6	11 325,2	14,0	6 316,1	15,5
Sonstige Aktiva	16 777,5	1,4	490,1	0,5	339,9	0,6	342,0	0,4	115,3	0,3

1 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung.

Tab. 7: Gewinn- und Verlustrechnung öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2005

	Insgesamt		Energieversorgung		Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen		Verkehr		Grundstücks- und Wohnungswesen	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
Betriebsertrag	301 712,8	100	78 224,1	100	23 976,9	100	44 844,4	100	21 935,0	100
dar. Umsatzerlöse	257 184,7	85,2	74 421,4	95,1	12 912,4	53,9	38 368,2	85,6	19 048,3	86,8
Materialaufwand	131 850,7	43,7	55 581,0	71,1	6 557,0	27,3	20 971,7	46,8	9 920,3	45,2
Personalaufwand	84 793,5	28,1	6 652,9	8,5	11 146,2	46,5	12 818,4	28,6	2 499,2	11,4
Abschreibungen	26 154,0	8,7	3 791,4	4,8	7 17,3	3,0	4 211,0	9,4	3 796,7	17,3
Jahresergebnis	76,2	0,0	2 039,7	2,6	1 123,8	4,7	637,5	1,4	-417,5	-1,9

mäßig tätig waren, wies der Bereich Entsorgung die höchste Anlagenintensität aus (88 %), gefolgt von den Bereichen öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung (87 %), Verkehr (86 %) und Wasserversorgung (84 %). → Tab. 6

Das Jahr 2005 haben die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in der Summe mit einem positiven Jahresergebnis von rund 76 Mill. Euro abgeschlossen. Dazu trugen wesentlich die Bereiche Energieversorgung (2 Mrd. Euro) und Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (1,1 Mrd. Euro) bei. Auch die Bereiche Verkehr und Entsorgung erwirtschafteten ein positives Ergebnis (637,5 Mill. Euro bzw. 552,7 Mill. Euro). Ein relativ ausgeglichenes Ergebnis verzeichnete der Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung (21,9 Mill. Euro). Negative Ergebnisse erzielten die öffentlichen Unternehmen in den Bereichen Grundstücks- und Wohnungswesen (-417,5 Mill. Euro), Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (-388,9 Mill. Euro) sowie Erziehung und Unterricht (-286 Mill. Euro). → Tab. 7

Um ein umfassendes Bild über die öffentlichen Finanzen zu erhalten, müssen die

Finanzen der öffentlichen Haushalte und der öffentlichen Unternehmen zusammen betrachtet werden. Das wird derzeit noch durch die unterschiedlichen Arten des Rechnungswesens – kameral einerseits, kaufmännisch andererseits – erschwert. Einige Positionen lassen sich aber schon jetzt relativ gut miteinander vergleichen bzw. zu einem Gesamtergebnis für den öffentlichen Sektor (öffentliche Haushalte plus öffentliche Unternehmen) zusammenführen. So überstieg 2005 der Zugang an Sachanlagevermögen bei den öffentlichen Unternehmen mit 36,8 Mrd. Euro die Sachinvestitionen (Baumaßnahmen plus Erwerb von Sachvermögen) der öffentlichen Haushalte von 34 Mrd. Euro. Der Personalaufwand der öffentlichen Unternehmen belief sich auf 84,8 Mrd. Euro, die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte betragen 186,3 Mrd. Euro.

4.4.5 Personal im öffentlichen Dienst

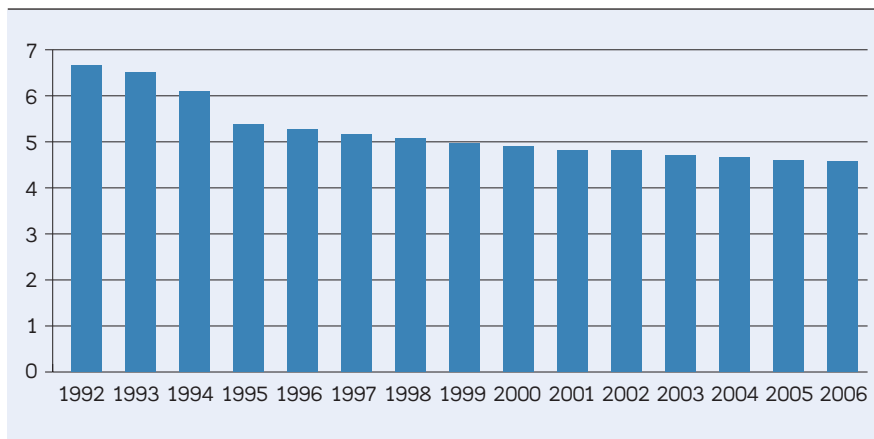
Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und Unternehmen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten Mitte 2006 in Deutschland insgesamt

5,5 Mill. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten bzw. -soldatinnen, aber ohne Grundwehrendienstleistende). Davon übten 3,9 Mill. Personen eine Vollzeit- und 1,6 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 11 000 Vollzeitkräfte (-0,3 %) weniger beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich dagegen um 47 000 Personen oder 3 % erhöht. Der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigten betrug 39 %, bei den Teilzeitbeschäftigten waren es 82 %.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn das durch die öffentliche Hand bezahlte Personal in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den 34,7 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den öffentlichen Sektor ein Anteil von knapp 16 %.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der Wiedervereinigung deutlich gesunken. Im Jahr 1992 waren noch rund 6,7 Mill. Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, am 30. Juni 2006 dagegen noch 4,6 Mill.

Abb. 9: Entwicklung des Personalstandes im öffentlichen Dienst, Beschäftigte in Mill.



Stichtag 30. Juni.

Der massive Personalrückgang im öffentlichen Dienst in den 1990er Jahren resultierte in erster Linie aus dem Zwang, die Personalausstattung der neuen Länder und der dortigen Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen, und aus der Privatisierung der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost. In den letzten Jahren gibt es auch einen Trend der Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern und der Auslagerung von kommunalen Dienstleistungen wie etwa Abfallentsorgung oder Straßenreinigung. → **Abb. 9**

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes im öffentlichen Dienst lagen Mitte 2006 bei den allgemein bildenden und beruflichen Schulen (21 %), der sozialen Sicherung (15 %), und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie dem Rechtsschutz (14 %). → **Abb. 10**

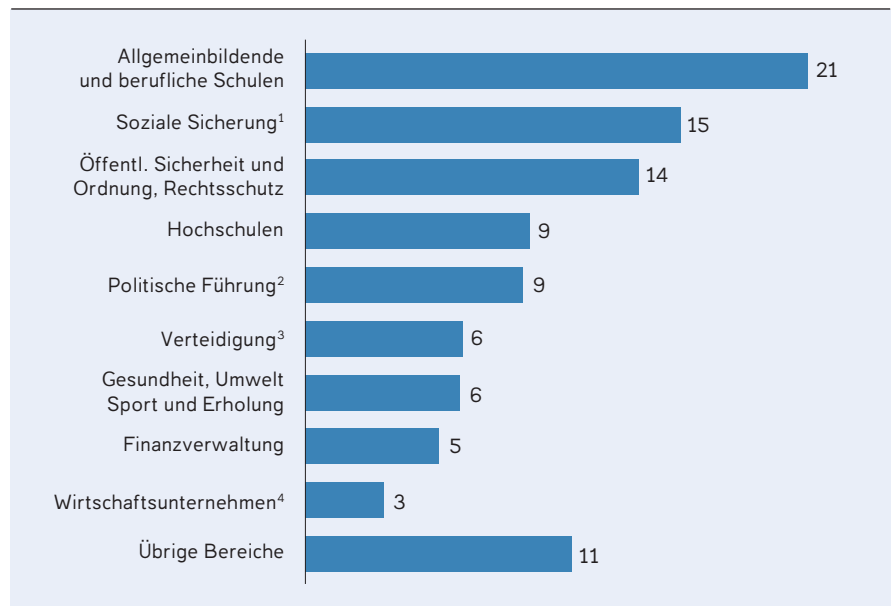
Die Gesamtzahl der pensionierten Beamten und Beamtinnen, Richter und Richterinnen sowie Berufssoldaten und Berufssoldatinnen bzw. ihrer Hinterbliebenen (zusammen: Versorgungsempfänger und -empfängerinnen) ist seit der Wiedervereinigung erheblich gestiegen. Im Zeitraum 1992 bis 2006 hat die Anzahl der Versorgungsempfänger und -empfängerinnen des öffentlichen Dienstes um rund 17 % zugenommen. Dieser Trend ist vor allem

auf den Personalaufbau im Bildungsbereich in den 1960er und 1970er Jahren im früheren Bundesgebiet zurückzuführen. Insgesamt erhielten am 1. Januar 2006 rund 1,44 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Nicht berücksichtigt sind in den Betrachtungen diejenigen Leistungsberechtigten, welche nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgt werden (so

genannte Dienstordnungs-Angestellte). Ihre Zahl lag im Jahr 2006 bei 23 900 Personen.

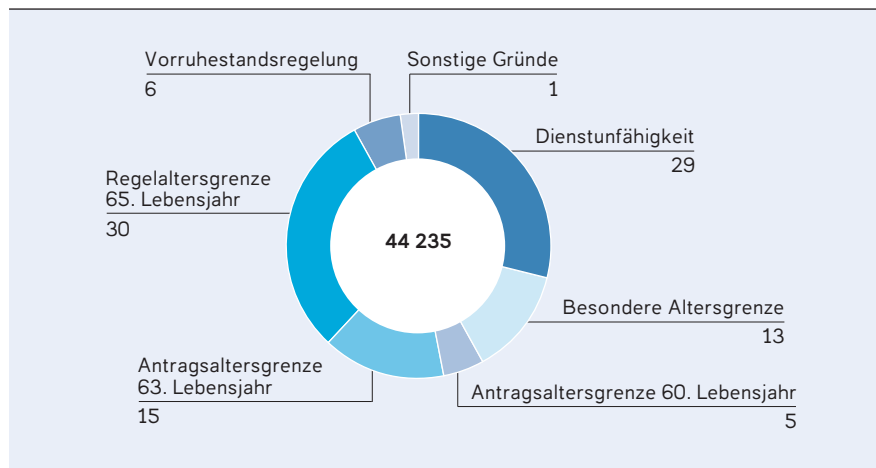
Die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen sind auf Grund der unterschiedlichen Aufgabenstruktur des aktiven Personals ungleichmäßig auf die verschiedenen Beschäftigungsbereiche verteilt. Anfang 2006 erhielten beim Bund 165 000, bei den Ländern 616 000 sowie bei den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden 107 000 ehemalige Bedienstete oder ihre Hinterbliebenen Versorgungsleistungen nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht. Beim Bundeseisenbahnvermögen (ehemals Deutsche Bundesbahn) wurden im Januar 2006 rund 218 000 sowie beim Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (ehemals Deutsche Bundespost) 270 000 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen gezählt. Die Zahl ehemaliger nach dem Krieg nicht übernommener Bediensteter des Dritten Reiches und ihre Hinterbliebenen betrug 2006 rund 40 000 Personen.

Abb. 10: Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen 2006, in %



1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.
 2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.
 3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne Grundwehrdienstleistende.
 4 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

Abb. 11: Pensionierungsgründe bei Neupensionären im unmittelbaren öffentlichen Dienst 2005, in %



Für den Eintritt des aktiven Personals in den Ruhestand sind vor allem drei Gründe zu unterscheiden: Das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze, festgestellte Dienstunfähigkeit und die Inanspruchnahme einer Vorruhestandsregelung.

Insgesamt lag die Zahl der Neupensionierten im öffentlichen Dienst bei rund 44 000. Eine Mehrheit von 63 % der Neupensionierungen erfolgte auf Grund des Erreichens einer gesetzlichen Altersgrenze. Der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit unter den Neupensionären betrug im Jahr 2005 im unmittelbaren öffentlichen Dienst (ohne Sozialversicherungsträger, Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit, rechtlich selbstständige Unternehmen in öffentlich rechtlicher Rechtsform) rund 29 %, und 6 % nahmen eine Vorruhestandsregelung in Anspruch. → **Abb. 11**

Das durchschnittliche Alter für den Ruhestandseintritt der Pensionärinnen und Pensionäre unterscheidet sich in den einzelnen Beschäftigungsbereichen des öffentlichen Dienstes. Während es bei den Beamten und Beamtinnen des Bundes 2005 bei 62 Jahren lag, gingen die Beamten und Beamtinnen der Länder und Gemeinden durchschnittlich mit 61 Jahren in den Ruhestand. Für die Soldaten und

Soldatinnen im Beschäftigungsbereich des Bundes gelten besondere Altersgrenzen, die niedriger als in den anderen Beschäftigungsbereichen sind. Sie gingen im Schnitt mit 54 Jahren in Pension. Für die Beamtinnen und Beamten im Vollzugsdienst der Länder liegt die besondere Altersgrenze bei 60 Jahren. Sie traten mit durchschnittlich 58 Jahren in den Ruhestand. Die Lehrerinnen und Lehrer, ebenfalls in der Zuständigkeit der Länder, gingen im Schnitt mit 62 Jahren in Pension. Die Ruhegehaltsbezüge hängen neben der ruhegehaltfähigen Dienstzeit von den Ruhegehaltssätzen ab. 2005 betrug der durchschnittliche Ruhegehaltssatz der Neupensionäre bei den Gebietskörperschaften 70,3 %. Er wird bei der Berechnung des Ruhegehalts auf die zuletzt für eine Mindestdauer bezogenen aktiven Dienstbezüge angewandt. Die durchschnittlichen monatlichen Bezüge betrugen im Januar 2006 bei den Ruhegehaltsempfängern und -empfängerinnen der Gebietskörperschaften rund 2 670 Euro.

4.4.6 Zusammenfassung

Die föderal strukturierte öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft spiegelt sich in der Struktur und den Daten der Finanz- und Personalstatistiken wieder. Die Finanzstatistiken haben die wichtige Auf-

gabe, ein in sich konsistentes und detailliertes Gesamtbild der öffentlichen Finanzen zu erstellen und bilden damit die Grundlage für zentrale finanz-, wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Für die Meldungen Deutschlands im Rahmen des europäischen Stabilitätspaktes haben sie eine zentrale Funktion.

Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten sowie die Tendenz, das bisherige kamerale Rechnungswesen durch auf der kaufmännischen doppelten Buchführung basierende Rechnungssysteme zu ersetzen, haben das Gesamtbild der öffentlichen Finanzen in der jüngeren Vergangenheit beeinträchtigt. Durch die Reintegration wichtiger ausgegliederter Einheiten in die finanzstatistische Berichterstattung sowie durch die Weiterentwicklung der finanzstatistischen Berichtssysteme werden die Finanzstatistiken auch weiterhin vergleichbare, detaillierte Daten über die öffentlichen Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden bereitstellen.

Die Bedeutung dieser Aufgabe wird deutlich unterstrichen durch die Anforderungen, die die gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismuskommission II) an vergleichbare Datengrundlagen über die öffentliche Finanzwirtschaft stellt.